

Bezugspreis:

Wöchentlich 10 Pfennig, monatlich 30 Pfennig, vierteljährlich 1 Mark, halbjährlich 5 Mark, jährlich 10 Mark.

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Welt und Zeit' mit 'Stimmen und Meinungen' sowie der Beilage 'Unterhaltung und Wissen' und Frauenbeilage 'Frauenstimme' erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Sonnabend, den 24. Januar 1925

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Rücktritt der Regierung Braun

Ein kommunistisch-volksparteilich-deutschnationaler Triumph. Demissionsbeschluß auf Vorschlag des Ministerpräsidenten.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat der preussische Ministerpräsident Braun im Laufe des gestrigen Abends an den Präsidenten des Landtags folgendes Schreiben geschickt: 'Ich beehre mich, ergebenst mitzuteilen, daß das Kabinett heute beschlossen hat, in seiner Gesamtheit zurückzutreten.'

Die Sitzung des Kabinetts dauerte nur wenige Minuten. Der Vorschlag des Ministerpräsidenten, die Demission des Gesamtkabinetts zu beschließen, wurde einstimmig angenommen.

Nach dem Wortlaut der Verfassung war das Kabinett keineswegs zum Rücktritt genötigt. Die von der Volkspartei zum besonderen Zweck ausgearbeitete Theorie, die Regierung müsse nach jeder Landtagserneuerung automatisch zurücktreten, ist vollkommen hinfällig.

Ehre, wem Ehre gebührt. Von den Siegern des gestrigen Tages verdienen die Kommunisten den ersten Preis. Sie waren führend. Ihr Mißtrauensantrag gegen die Regierung, der bekanntlich mit 221 gegen 221 Stimmen abgelehnt wurde, fand Annahme durch die Deutschnationalen und die übrigen Rechtsparteien.

'Die einzige Arbeiterpartei Deutschlands' hat mit den Scharfmachern eine Koalition geschlossen, um aus der preussischen Regierung und aus der preussischen Verwaltung die Arbeitervertreter hinauszuerwerfen. Es genügt ihr nicht, Stürmböck und Begleiter der Regierung Luther im Reich gewesen zu sein, sie stimmt den Deutschnationalen vollkommen darin bei, daß die Aufrichtung eines reaktionären Kurfes im Reich erst halbe Arbeit ist.

- 108 Deutschnationale
43 Kommunisten
45 Volksparteiler
11 Nationalsozialisten
14 Wirtschaftsparteiler

Eine nette Gesellschaft! Ihr Zahlenbild verdient überall öffentlich angehängen zu werden, wo Arbeiter verkehren. Es wird Begeisterung für die SPD wecken, diese 'einzige Arbeiterpartei Deutschlands'. Wer kann nach solchen Taten noch daran zweifeln, daß sie mit liegenden Fahnen auf dem Weg der bolschewistischen Weltrevolution vorwärts marschieren?

gut an!' schrie da voll Empörung selbst der demokratische Abg. Ziegler. Ja, er fängt gut an mit allen Anzeichen einer brutalen Sozialreaktion.

Die Tatsache läßt sich nicht bestreiten, daß die 45 Kommunisten im Reichstag, die 44 im Landtag von Arbeitern gewählt sind. Aber diese Arbeiter haben allen Grund, sich zu schämen. Heute sehen sie, was sie angerichtet haben.

Die deutschnational-kommunistisch-volksparteiliche Koalition hat einstweilen freilich nichts anderes erreicht als einen vollkommenen Wirrwarr. Wie wird die Wahl des neuen Ministerpräsidenten ausfallen?

- 114 Sozialdemokraten
109 Deutschnationale
81 Zentrum
45 Volksparteiler
44 Kommunisten
27 Demokraten
17 Wirtschaftsparteiler
11 Nationalsozialisten
2 Polen

Hält die Weimarer Koalition zusammen, so kann ein Rechtsmann nur dann Ministerpräsident werden, wenn auch die Kommunisten für ihn stimmen. Tun sie das aber nicht, sondern geben sie bei einer Stichwahl weiße Zettel ab, so verbleiben höchstens 406 beschriebene Zettel, 222 davon, also weitaus die Mehrheit, werden von Anhängern der Weimarer Koalition abgegeben.

Die Wiederwahl Brauns erscheint also nicht nur als Möglichkeit, sondern als der beste Ausweg aus der verfahrenen Lage. Wird Braun von diesem Landtag wiedergewählt, dann hat er sein Vertrauen und braucht sich um Mißtrauensanträge, die nicht die verfassungsmäßige Mehrheit erhalten, nicht mehr zu kümmern.

Eine Rechtsregierung wäre in Preußen aber nur möglich, wenn das Zentrum sie offen unterstützte. Blicke das Zentrum gegen sie in der Opposition, so würden zu ihrer Unterstützung nur 183 Abgeordnete — einschließlich der 17 Nationalsozialisten! — übrig bleiben. 267 aber stünden gegen sie. Ohne Zentrumshilfe kann ein Rechtskabinett keinen Tag regieren.

Gestern haben von den 81 Zentrumsabgeordneten drei, die Herren v. Popen, Baumann und Loenarz, sich im Verlauf der Abstimmungen durch Enthaltung von ihrer Fraktion getrennt, in der ob dieses Vorganges große Empörung herrschen soll. Die überwiegende Stimmung soll für die Wiederwahl Brauns sein.

Eine Haltung, wie die im Reichstag, wird dem Preußenzentrum wegen der anders liegenden verfassungsrechtlichen Bestimmungen nicht möglich sein. Hier ist die Frage: 'Weimarer Koalition oder Bürgerblock?' ganz klar gestellt, ein Mittelweg ist nicht sichtbar.

Abstimmungen und Skandal.

Auf die Ablehnung des kommunistischen Antrages im Landtag folgt die namentliche Abstimmung über den Antrag Dr. Winkler (Dnat.), dem Ministerpräsidenten, dem Finanzminister, dem Kultusminister, dem Innenminister und dem Handelsminister das Vertrauen zu entziehen. Der Antrag richtet sich nur gegen die sozialdemokratischen Minister.

Als der Präsident erklärt, der Antrag sei abgelehnt, da es an der verfassungsmäßigen Mehrheit fehle, die mehr als die Hälfte

der gesetzlichen Mitglieder beitrage, also mindestens 226, entspinnt sich eine lange Geschäftsordnungsansprache über die Auslegung der einschlägigen Bestimmungen.

Abg. Schlang-Schöningen (Dnat.): Die Rechtsfrage ist zu unseren Gunsten entschieden; nur Spitzfindigkeiten können sie verdunkeln. Ueber verfassungsmäßige Formalitäten können wir hier noch lange streiten; das erlösende Wort muß und wird hoffentlich vom Ministerpräsidenten Braun selbst gesprochen werden.

Abg. Vied (Komm.) erklärt gleichfalls, daß das Staatsministerium nach der Abstimmung keine Politik unmöglich weiter führen könne.

Die Abgeordneten der Deutschen Volkspartei, insbesondere Dr. v. Campe und Stedel, vertragen in der Aussprache den Standpunkt, eine einfache Majorität genüge, da der Kultusminister das Vertrauen gar nicht gehabt habe, es komme daher in Frage Art. 57 Abs. 1.

Abg. Koch-Deynhäusen (Dnat.) vertrat den gleichen Standpunkt, ebenso Baeder-Berlin (Dnat.).

Den gegenteiligen Standpunkt vertreten die Abgg. Kuschke (Dem.) und Orzeski (Soz.), die darauf hinwiesen, daß der deutschnationale Antrag sinngemäß derselbe sei, wie der vorher abgelehnte kommunistische Antrag, ein Standpunkt, dem sich auch der Präsident Barfels anschloß.

Es folgt darauf die namentliche Abstimmung über die Entziehung des Vertrauens gegenüber Braun als Finanzminister. Die namentliche Abstimmung hat das folgende Ergebnis: Mit Ja stimmen 221, mit Nein 218 Abgeordnete.

Der Präsident vertritt dieselbe Feststellung wie bei der vorigen Abstimmung.

Die Vertreter der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei behielten sich weiteres vor.

Hierauf stimmt das Haus ab über Entziehung des Vertrauens gegen Braun als Ministerpräsidenten sowie gegen die Minister Severing und Siering.

Das Ergebnis ist das gleiche wie im vorhergehenden Falle: Mit Ja stimmen 221, mit Nein 218 Abgeordnete.

Abg. Koch-Deynhäusen (Dnat.) spricht die Erwartung aus, daß aus den Mehrheitsverhältnissen, die sich ergeben hätten, die Minister Braun, Siering und Severing die Konsequenzen ziehen möchten. (Lebh. Beifall rechts.) Wir jedenfalls werden aus dieser Abstimmung die für die drei Minister sich ergebenden politischen Folgerungen mit gebotener Schnelligkeit ziehen. (Lebh. Beifall rechts.)

Abg. Orzeski (Soz.) erklärt, daß diese Abstimmung ohne alle Bedeutung sei. (Leben rechts.) Welche Konsequenzen die Herren daraus ziehen, bleibe ihnen überlassen.

Abg. v. Campe (D. Sp.) weist darauf hin, daß immer wieder das Bemühen von den Herren von links übersehen werde. Nach der Neuwahl habe das Ministerium Braun überhaupt noch kein Vertrauensvotum bekommen, das es nach Art. 57 Abs. 1 brauche.

Abg. Cadendorff (Wirtsch. Bgg.) betont, daß ja der Ministerpräsident selbst erklärt habe, er lasse sich nicht lösen vom Aemte, sondern vom Pflichtgefühl. Angesichts der Mehrheit gegen das Kabinett Braun erwarten wir, daß er zurücktritt.

Abg. Vied (Komm.) stellt mit Bedauern fest, daß die wertvolle Besprechung Preußens so lange die Schande einer solchen Regierung geduldet habe. (Der Redner erhält hierfür einen Ordnungsruf.)

Das Haus wendet sich nunmehr zur namentlichen Abstimmung über den Vertrauensantrag, der von den Nationalsozialisten gestellt worden ist.

Abg. Orzeski (Soz.) erklärt, der Antrag, das Vertrauen auszusprechen, sei unmöglich, deshalb würden sich das Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten an der Abstimmung nicht beteiligen.

Vor Mitteilung des Ergebnisses wird von der Rechten und von der Deutschen Volkspartei, besonders vom Abg. v. Egners, das Wort zur Geschäftsordnung verlangt. (Zuruf: Mitten in der Abstimmung!)

Der Präsident teilt mit: Es sind 223 Stimmen abgegeben worden, der Landtag ist also beschlußfähig.

Hestiger Widerspruch rechts und bei den Komm. — Ungehöriger Lärm im ganzen Hause. Zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten scheint sich ein Handgemenge entwickelt zu wollen. Die Worte des Präsidenten, der die nächste Sitzung festsetzt, gehen in dem tosenden Lärm unter. Von der Tribüne hört man lärmende Kundgebungen. Die Kommunisten antworten darauf. Als Präsident Barfels nach Feststellung der Tagesordnung und Mitteilung der Gegenstände den Präsidentensitz verläßt, stürzt Abg. Vied zur Tribüne, reißt die Präsidentenglocke an sich und übernimmt unter dem tosenden Beifall seiner Fraktion und ungeheurem Tumult den Vorsitz. Es wird ein Hoch auf die Internationale ausgebracht, in das von der Tribüne aus eingestimmt wird.)

Vor der Abstimmung hatte der Sozialdemokrat Orzeffna! erklärt, der Antrag, das Vertrauen auszusprechen, sei unwahrscheinlich, weshalb würden sich das Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten an der Abstimmung nicht beteiligen.

Nächste Sitzung: Dienstag, 3. Februar: Große Anfrage Windler (Dnat.) über die Grenze zwischen Polen und Ostpreußen, sozialdemokratische Anfrage über die Wohnungsnot in Oberschlesien, deutschnationale Anfrage über das Saargebiet. — Schluß 3 Uhr 40 Minuten.

Infolge des inzwischen erfolgten Rücktritts der Regierung dürfte die nächste Sitzung schon früher stattfinden mit der Tagesordnung: Wahl des Ministerpräsidenten.

Nach dem Rücktritt des Preussischen Kabinetts berief der Bundespräsident Bartsch auf Sonnabend, 11. Uhr mittags, eine Sitzung des Reichstags ein, um die aus dem Rücktritt gebundene Lage zu besprechen.

Eine nette Brüderschaft!

Was die Kommunisten beantragen und wofür die Rechte stimmen!

Es verlohnt sich, den vollen Wortlaut des (mit Stimmgleichheit abgelehnten) kommunistischen Mißtrauensantrages abzufragen:

„Das preussische Staatsministerium hat während seiner bisherigen Amtsdauer bewiesen, daß es nicht gewillt ist, die Interessen der werktätigen Bevölkerung zur Richtschnur seiner Politik zu machen.“

Es hat sich nicht nur dem Raub des Achtstundentages durch die Ausbeuterklasse nicht widersetzt, sondern ist sogar in den Staats- und Gemeindebetrieben mit der Arbeitszeitverlängerung vorangegangen.

Es hat nichts getan, um die Löhne der Arbeiter und die Gehälter der Angestellten und unteren Beamten den gestiegenen Lebenshaltungskosten und -bedürfnissen dieser anzupassen.

Es ist weder gegen die Betriebsstillegungen und Kurzarbeit noch gegen die entwürdigende und ganz unzureichende Form der Erwerbslosenfürsorge vorgegangen. Ebenso wenig hat es etwas unternommen, um die Erwerbslosen in den Produktionsprozess einzuführen.

Es hat der ungeheuren Steuerbelastung der Rinderbesitzer und der Schonung des Besitzes Vorschub geleistet.

Es hat der Annahme der Dames-Gesetze keinerlei Widerstand entgegengebracht.

Es hat die Privatisierung staatlicher und kommunaler Betriebe gefördert.

Es deckt die ausgesprochene Rachejustiz und den schmachvollen Strafprozeß, ohne die Möglichkeit zur Korrektur durch eine umfassende Amnestie ergriffen zu haben.

Es hat, wie der Staatsbankrott und die Domänenverpachtungen sowie die staatlichen Holzverkäufe beweisen, in der unerhörtesten Weise Staatsgelder verschleudert und das Anwachsen der Korruption zu nie dagewesenem Umfang begünstigt.

Kurzum, das preussische Staatsministerium hat sich in jeder Beziehung als ein der werktätigen Bevölkerung feindsichtiges bewiesen. Daher beantragen wir:

Der Landtag wolle beschließen:

„Das Staatsministerium besitzt nicht das Vertrauen des Landtages.“

Es ist verständlich, daß die Rechtsparteien entschieden Widerstand dagegen erhoben, daß vor der Abstimmung dieser Antrag verlesen wurde. Offenbar befürchteten sie, daß einzelne Volksparteiler bei der Befürchtung dieses Dokumentes einen Rest von Schamgefühl empfinden und ihre Hand zu diesem ekelerregenden Spiel nicht bieten würden. Auch die Kommunisten scheinen die gleichen Sorgen empfunden zu haben, denn sie stimmten ebenfalls gegen die Verlesung dieses — ihres eigenen — Antrages!

Wir stellen fest: Kommunisten haben sich nicht geschämt, völksparteiliche, völkische und deutschnationale Stimmen für diesen ihren Antrag in Anspruch zu nehmen.

Aber vor allem: für diese Beschimpfung der Politik der Regierung Braun hat die völksparteiliche Fraktion geschlossen gestimmt: eine Selbstbeschimpfung, wie sie in der Geschichte des Parlamentarismus beispiellos dasteht!

Eberleins Kranz.

Während der entscheidenden Abstimmungen im preussischen Landtag ereignete sich ein Zwischenfall, der als unvergänglich Zeichen dieses Tages festgehalten werden muß. Schon vor dem hatte man beobachtet, wie einige von den kommunistischen Abgeordneten auf dem Wandelgang mit einem geheimnisvollen Paket wichtig taten. Dann gab der Präsident das Ergebnis der Abstimmung über den Mißtrauensantrag gegen den Ministerpräsidenten Braun bekannt: 221 Stimmen dafür, 218 dagegen. In diesem Augenblick durchbricht der Kommunist Eberlein die Reihen der nach vorn geströmten Abgeordneten und legt einen großen Trauerkranz auf den Pflanz des Ministerpräsidenten nieder. Die Rechte jubelt und jubelt, die Deutschnationalen und Völkischen quieschen vor Vergnügen, es fehlt nur noch, daß Herr Wulle oder Herr Windler den Kranz aufhebt und dem strahlenden Eberlein aufs Haupt drückt.

Denn das war die Situation. Nicht nur daß die Kommunisten an diesem Freitag der Reaktion zur Rückgewinnung ihrer Herrschaft über Preußen halfen, ist charakteristisch — viel bezeichnender ist noch, wie sie es taten. Mit Jubel, Begeisterung und Fastnachtsstimmung, als gälte es ihren eigenen großen Sieg, so gingen die Kommunisten zu Werke. Als die geringen Mehrheiten der Mißtrauensvoten gegen die sozialdemokratischen Minister verkündet wurden, da hätte man aus den strahlenden Gesichtern dieser Helden schließen müssen, daß nun die Räteherrschaft in Preußen vor der Tür stünde und nicht eine deutschnationale Rechtsregierung. Keine Verlegenheit, keine Scham bei diesen Helden, wenn der Triumph der Rechten aufgespie, den sie allein ermöglicht hatten.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten, die neben den Kommunisten ihre Plätze haben, konnten interessante Studien über die Geistesverfassung dieser „Arbeitervertreter“ machen. Schopenhauers Wort, monach die Schadenfreude die reinste Freude ist, fand hier verblüffende Bestätigung: als Hauptthema klang aus den kommunistischen Jurufen und Gesprüchen immer wieder der Jubel darüber, daß nun die sozialdemokratischen Verwaltungsbeamten bald von ihren Plätzen verschwinden und „arbeitslos“ werden würden. Diese reine Freude wurde durch keinerlei Besorgnis darüber getrübt, daß an die Stelle dieser sozialdemokratischen Regierungspräsidenten, Landräte usw. doch nur ausgesprochene Reaktionsäre treten können. Tatsächlich machte mancher kommunistische Abgeordnete den Eindruck eines kleinen Kindes, das keine Puppe zerbrechen will und sich königlich über den Krach und die Scherben amüsiert. Am nächsten Tag wird es heißen, weil es keine Puppe mehr hat, aber was weiß sich Kindershirn vom nächsten Tage?

Auch diese Kindsköpfe schienen keinerlei Begriff davon zu haben, daß sie nichts anderes taten, als Preußen der Reaktion auszuliefern. Freilich wurde es ihnen von einigen sozialdemokratischen Abgeordneten mit genügender Deutlichkeit gesagt. Antworten konnten sie darauf nicht. Es gibt ja keine Antwort auf eine so klare Wehrheit. So blieb den Kommunisten nichts als ihr allzeit parades Ausrufsmittel, nämlich mit den Fäusten auf die unbehaglichen Vertäuder der Wahrheit loszugehen.

Am Schluß der Sitzung noch ein paar bezeichnende Bilder: Während der Präsident die Tagesordnung für die nächste Sitzung verkündet, brüllen die Kommunisten aus voller Kehle: Amnestie! Amnestie! Sie werden staunen, wieviel Amnestie es geben wird, wenn erst mit ihrer Hilfe ein deutschnationales Kabinett in Preußen regiert. Sie werden überhaupt noch sehr staunen, und das Bösegen und Freitags wird ihnen gründlich vergehen. Ob freilich die Helden persönlich, die sich gestern so eifrig für eine Rechtsregierung bemühten, die Konsequenzen auf sich nehmen werden? Irgendwo liegen wohl schon die Pläne bereit...

Ein würdiges Finale: der Präsident hat die Sitzung geschlossen, aber Herr Pief bemächtigt sich der Glocke und hält eine Sitzung von eigenen Gnaden ab. Die deutschnationalen Bundesbrüder amüsieren sich königlich. Was sollen sie diese Kifereien trotzig

nehmen? Diese kommunistischen Helden, die aus dem Parlament eine Affenskomödie machen, haben ihnen zu einem Sieg verholfen. Solange so reiche Früchte für die Reaktion daraus erwachsen, wird sich kein deutschnationaler daran stoßen!

Wer aber die kommunistischen Abgeordneten von Beginn bis Schluß der Abstimmung beobachtet hat, der bringt den unaussprechlichen Eindruck nach Hause, daß es für diese Vorläufer des echten und unverfälschten Radikalismus keine größere Herzensmonne, keine stärkere Befriedigung, kein innigeres Glück geben kann, als der finsternen Reaktion zu Siegen zu verhelfen. In der Freude der Deutschnationalen bemerkte man doch die Erwartung der materiellen Früchte, des Nachzuzuwachses, der wirtschaftlichen und politischen Positionen, die sie vom Sturz des Kabinetts Braun erhofften. Die Kommunisten dagegen waren die Ungegenwärtigkeit in der Person: sie freuten sich am Glück der anderen! Obwohl auch sie vom Sturz der Regierung Braun nur Nachteile erwarten können, schuf es ihnen doch innerste Befriedigung, mit vollen Händen die Deutschnationalen, Deutschnationalen und übrigen Rechtslumpen zu beschenken — auf Kosten der deutschen Arbeiter!

Das Ministerium Braun.

Das jetzt zurückgetretene Ministerium Braun besteht in Preußen seit dem 5. November 1921. Bei der Wahl des Ministerpräsidenten erhielt damals Otto Braun 197 Stimmen. Ein Teil der Volkspartei hatte weiße Stimmzettel abgegeben. Dem Ministerium Braun war in dem im Februar 1921 gewählten preussischen Landtag ein Ministerium Stegerwald vorangegangen. Otto Braun war bereits seit dem 30. März 1920 nach dem Rapp-Putsch preussischer Ministerpräsident. Nach dem Ergebnis der Landtagswahlen vom Februar 1921 aber, die den Parteien der Weimarer Koalition nur noch eine knappe Mehrheit gaben (die Mandate der Unabhängigen konnten damals noch nicht dieser Koalition zugerechnet werden), erklärten Demokraten und Zentrum, eine neue Regierung nur mit Einschluß der Volkspartei bilden zu können. Infolgedessen wurde der Zentrumsgewählte Stegerwald am 9. April mit 352 gegen 36 Stimmen gewählt. Als es Stegerwald nicht gelang, sein Kabinett auf breiter Basis zu bilden, trat er zurück, er wurde am 21. April gegen die Stimmen der Sozialdemokraten wiedergewählt. Sein Kabinett trat aber am 1. November 1921 zurück und ihm folgte dann das Ministerium Braun als Kabinett der Großen Koalition. In dieser Zusammenfassung mit den Ministern Severing (Inneres), Siering (Handel), Dr. Wendorff (Landwirtschaft), Am Jahnhoff (Justiz), Hierstiefer (Wohlfahrt), v. Richter (Finanzen) und Boelzig (Unterricht) blieb es bis zu den Wahlen am 7. Dezember zusammen. Kurz vor dem Zusammentritt des neugewählten Landtages legten die beiden völksparteilichen Minister ihre Ämter nieder und der Ministerpräsident Braun übernahm provisorisch die freigewordenen Ministerien für Finanzen und Unterricht. Das Land Preußen hat also verhältnismäßig nur selten einen Regierungswechsel gehabt, im ganzen vier Ministerien: Ministerium Hirsch, vom November 1918 bis Ende 1920, Braun März 1920 bis April 1921, Stegerwald April 1921 bis November 1921 und wieder Braun November 1921 bis 23. Januar 1925. Das jetzt zurückgetretene Ministerium Braun hatte also die längste Amtsdauer von 3 Jahren und knapp 3 Monaten.

Die Hehe gegen Scheidemann.

Nun auch Vertreibung aus der Wohnung.

Als Genosse Scheidemann dem Ruf seiner landesmännischen Genossen in Cassel im Januar 1920 Folge leistete und als Oberbürgermeister nach seiner Vaterstadt ging, wurde er von der deutschnationalen Presse mit den Worten begrüßt: „Wir werden diesen Menschen jeden Tag an den Pranger stellen!“ Die fortgesetzte Hehe blieb dann auch nicht ohne jeden Erfolg. Zunächst gab es Anpöbelerei, Schimpf- und Drohbriefe in großen Mengen, Beschuldigung des Hauses, in dem Scheidemann wohnte und dergleichen Dinge mehr. Zu Pfingsten 1922 wurde dann das Blausäure-

Bei Kamerad G'sund.

Es ist ein sonderbares Gefühl, wenn man nach Jahren wieder in seine alte Garnisonstadt kommt. Man glaubt immer noch an alten Ecken und Enden drohe das Unheil, aus irgendeinem Torweg müsse eine „Heldengestalt“ mit dem „eisernen Kiefer“ herausstürzen, vor der man zu erstarren hätte, bis man endlich am Kofferträger seine große Ruhe wiederbekommt, wenn harmlose Leute mit dem zivilitätlichen Ehrgeiz und dem weichen Filzhut herausspazieren.

Ich lernte die kleine Stadt zum ersten Male kennen, als ich vor 10 Jahren, nordwärts vom Flecktyphus geheilt, todmüde aus Rußlands Schneefeldern heimkehrte. „Hier wirst du lange ausruhen können“, prophezeite man mir, „es wimmelt nur so von alten Beständen.“ Auffällig groß war vor allem hier die große Zahl der — Herzkranken, vom Offizier bis zum griffelkloppenden Musikleiter. Arrie, stark wie die Fleischerhunde, hatten dieses Leiden, von dem ich nie so viel gehört hatte als gerade zu jener Zeit. Der alte Stabsarzt schien auch dafür allerhand Verständnis zu haben. Schade nur, daß dieser liebe Dr. Unblutig gerade zur Zeit meines Eintreffens durch einen anderen ersetzt wurde, der einer anderen Weltanschauung huldigte.

Schon wenn man die Hand an der Türklinke des Untersuchungszimmers hatte, war man — felddienstfähig. Die Herzkrankheiten nahmen in erschreckender Weise ab. Zur Zeit der großen Radiumuntersuchungen (im militärischen Volksmunde „Christenverfolgungen genannt) wurden ganze Kolonnen gesund geschrieben.

Wie die alten Griechen ihre Nachgeburtinnen freundschaftsweise als die „Wohlfürsinnen“ bezeichneten, so nannte man den neuen Stabsarzt gemäß seiner stereotypen Lebensart „Vollständig g'sund!“ den „Kamerad G'sund“.

An alle diese Dinge mußte ich denken, als ich durch die Stadt wanderte und hier und da alte Bekannte wieder traf, die alles ehemalige Herzkranken waren.

Der neue Doktor schien doch richtige Diagnosen gestellt zu haben, denn von ihrem alten Leiden war nichts mehr zu spüren. Der eine fuhr Motorrad, der andere war in großer Sportausrüstung, ein dritter plauderte vor einem Modeschäft mit einem hübschen Mädchen (er hatte in mehrfacher Hinsicht stets mit dem Herzen zu tun) und die ehemalige Kompaniemutter überraschte ich beim achten Starkbier.

Als ich in die elegante Behnhofsstraße einbog, die wir einst mit unfinniger Bepflanzung und blühten: Es ging ein Bauer in's „Neu“ durchziehen mußten, las ich ein Schild neben der Haustür: Dr. med. L... praktischer Arzt und Geburtshelfer. Also hier wohnt er... der „Kamerad G'sund“. Ich weiß nicht, woher mir plötzlich der halbfrivole Gedanke kam, ihn trotz körperlicher und geistiger Rüstigkeit — zu besuchen. Gram bin ich ihm, im Grunde genommen, nie gewesen, und außerdem muß ich gestehen, daß mir von allen vier Fakultäten die Medizinmänner die liebsten sind.

Merzte sind schwer anzutreffen, und wenn es der Fall ist, dann geht der Weg zu ihnen leider nur durch's — Wartezimmer. Hier gab's die üblichen Jammergestalten: das Weiblein mit dem verbundenen Kopf, das strotzende Kind, die leidende junge

Frau, außerdem war noch ein Mann vorhanden, der in einer „Gartenlaube“ aus dem Jahre 1889 blättert. Nach einer halben Stunde war ich an der Reihe. „Nun, mein Herr“, sagte er, „wie steht's? Wo sitzt der Schmerz?“ Wie wohl das tat, dazu diese freundlich einladende Bewegung mit der Hand nach dem bequemen Stuhl. Wenn ich da an das Jahr der Schreden denke, o, wie wohl das tat, genau da derselbe Mensch, und doch — was nicht „Schule“, „Mitteln“ und Zeit ausmachen! Dr. G'sund ließ mich gar nicht zu Worte kommen, wahrscheinlich hatte sein scharfes Auge einen plötzlichen Farbenwechsel an mir entdeckt. Ellfertig ergriff er das Hörrohr und sagte es an. „So, ja, das liebe Herz! — Sportherzchen! Nicht wahr?“ sagte er, wahrscheinlich im Hinblick auf meine touristische Ausrüstung. „Und welchen Sport treiben Sie?“ „Jurett keinen, das — war — einmal, im großen Sportjahre 1915/16“, entgegnete ich.

Er kniff die Augen zu, legte den Kopf zurück und besah mich mißtraulich von der Seite; anscheinend stellte er Erinnerungssprüche an.

„Herr Doktor, Sie machen mir bange, auf mein Herz lasse ich nichts kommen, im Gegenteil, damals haben Sie mir mein Herzleiden ausgedehnt und — ich bin Ihnen dankbar dafür. Deshalb mein kurzer Besuch.“ Er sprang auf und möchte denken: Sauer! Früher hätte er's gesagt. Ehe er Gelegenheit nahm, sich wieder zu legen und teures Rezeptpapier zu verschreiben, reichte ich ihm die Hand zum Abschied. „Also, Herr Doktor, nichts für ungut; übrigens heute abend Treffen aller G'sunden“ und ehemaliger Herzkranken im „Ratskeller“, und ganz alkoholfrei wird's nicht hergehen, aber wir hoffen alle auf Ihre freundliche Mitwirkung. Er lächelte sauerlich und drückte mir die Hand.

Nach einer Weile steckte er den Kopf zum Wartezimmer herein. „Der Nächste, bitte!“ Mir schien, als ob ein bißchen Ärger in der Stimme gelegen hätte.

Im Ratskeller warteten wir auf ihn natürlich vergeblich. Es ist eben eine heisse Sache, wenn man einmal Stabsarzt war.

Die Sonnenfinsternis.

Die erste der vier interessanten Finsternisse des Jahres 1925 — es sind zwei Sonnen- und zwei Mondfinsternisse — findet heute statt und ist eine totale Sonnenfinsternis. Da sich bei diesen die Zone der völligen Verfinsternung stets nur über einen ganz schmalen Streifen der Erdoberfläche erstreckt, so kommt auf jedem Punkt der Erde im Durchschnitt nur alle zweihundert Jahre einmal eine totale Sonnenfinsternis, und auch diesmal ist bei uns von dem Phänomen, das in Mitteleuropa nur partiell ist, wenig zu sehen. Die größte Dauer der Totalität beträgt 2 Minuten 31 Sekunden und liegt im nördlichen Atlantik. Sichtbar ist das Naturphänomen in der östlichen Hälfte von Nordamerika, in Mittelamerika, im Norden Südamerikas, in der nördlichen Hälfte des Atlantischen Ozeans bis nach der Südspitze von Grönland und nach Island, in West- und Mitteleuropa und im Nordwesten Afrikas. Die schmale Totalitätszone berührt die nordamerikanischen Seen, durchzieht den Nordatlantik und endet nördlich von Schottland. In Deutschland ist nur der Anfang der Finsternis zu sehen, die in Berlin um 4 Uhr 3 Mi-

nuten nachmittags beginnt. Da an diesem Tage der Sonnenuntergang aber schon um 4 Uhr 35 Minuten erfolgt, so ist die beginnende Bedeckung der Sonne durch die Mondschleibe nur von Osten aus zu beobachten, die ganz freien Ausblick auf den südwestlichen Horizont haben.

In Amerika sind zur Beobachtung der Sonnenfinsternis die weitestgehenden Vorbereitungen seitens der wissenschaftlichen Institute getroffen. Der Zeppelin Los Angeles hat gestern eine 24stündige Fahrt nach Kametuket angetreten. An Bord befinden sich Astronomen der Washingtoner Seesternwarte, die eventuell über den Wolken die Sonnenkorona studieren und photographische Aufnahmen machen wollen.

Die New Yorker Börse wird heute 45 Minuten später als gewöhnlich beginnen, um den Angelegten zu ermöglichen, die totale Sonnenfinsternis zu beobachten. Die größten Wolkenträger der Welt sind von Tausenden von Personen gemietet worden. Die „Los Angeles“ ist in einen astronomischen Beobachterposten verwandelt worden. Das Schiff führt eine ganze Reihe von berühmten astronomischen Fachleuten und nicht weniger als 1000 Kilogramm Fernrohre, Meßinstrumente und kinematographische Apparate an Bord. Die Beobachtungen werden durch Rundfunk augenblicklich weitergegeben.

Die Spannung auf die Sonnenfinsternis war am Vorabend in New York auf das höchste gestiegen. Spätestens Artikel in den Zeitungen stellten alle anderen Geschehnisse in den Hintergrund. Den Höhepunkt erreichte gestern die Aufregung, als der Führer der „Los Angeles“, Kommandeur Klein, die Mitteilung machte, daß das Luftschiff wahrscheinlich bereits in der Nacht von Vahurst nach New York fliegen und erleuchtet über der Stadt kreuzen wird. Heute früh soll dann der Zeppelin kurz vor Beginn der Sonnenfinsternis am äußersten Ostzipfel von Long Island erscheinen, um die Beobachtungen zu machen.

In der Komödie errang Max Pallenberg gestern einen neuen Sieg als Regisseur und Titelheld des sublimen Lustspiels „Darbanelle, der Betrogen“. Der Franzose Emile Mozard behandelt hier das alte, stets aktuelle Problem des hintergangenen Ehemannes. Durch einen höchst originellen Einfall und durch eine feinsinnige, geistvolle Betrachtungsweise hat er den besten Stoff zu einem lustigen, schelmischen, scharfmontierten Spiel geschaffen. Und hinter der Komödie blüht bittererwitz die Tragik hervor. Dgn.

Im Krähel-ur-Museum der Technischen Hochschule sind vom 26. Januar bis 7. März eine Ausstellung von Arbeiten Hans Seelig's statt.

In der Buchhandlung J. M. Specht, Königsplatz 22, werden am 22. abends 8 Uhr, Maria König und Henry v. Heijeler aus eigenen Werken lesen.

Das Tanzspiel der „Deutschen Kunsthaus“. Die „Deutsche Kunsthaus“ fügt mit dem 1. Heft des 2. Jahrgangs ihrer Sammlung von Sonderheften ein Tanzspiel hinzu. Mit seinen japanischen Werten ist die Reihe von Kulischen und Günsen eingeleitet, in der u. a. Ester die über Ruff und Tang, Max Terpil über das russische Ballett und Max Bloman über das tänzerische Kompositoren geschrieben hat. Die große Tänzerin selbst, Gret Balanca (zu einem Rufus von Bürgen), Elbe Schewier und Szenen aus Max Blomans großer Tanzskizze, dazu alle Ballettskizzen sind in guten Bildern wiedergegeben.

attentat verübt, dem unser Genosse nur durch einen glücklichen Zufall nicht zum Opfer fiel. Wenn der Mensch nicht aus dem Leben zu schaffen war, dann sollte er wenigstens aus dem Arzte entfernt werden, obgleich die Stadt Cassel unter dem „System Scheidemann“ ausgezehrt gefahren ist — die von unserem Genossen vorgelegten fünf Etats sind Jahr für Jahr von der Stadtverordnetenversammlung einstimmig angenommen worden! Die Abwässerung sind bisher vergesslich gewesen. Über die Begier verzagten nicht.

Seit fünf Jahren ist Scheidemann Mieter des Magistrate in einem von der Stadt beschlagnahmten Haus, das früher von dem Oberbürgermeister Koch allein bewohnt worden war. Seit dem Einzug Scheidemanns waren im Parterre Steuerbureau untergebracht. Außerdem wohnen in dem kleinen Haus noch zwei weitere Familien. Das Haus wurde vor mehreren Jahren von dem Borbesitzer, einem im Krieg reich gewordenen Mann, aufgekauft, der es bis auf den heutigen Tag im Innern noch nicht beschlagnahmt hat. Er begann aber sofort mit Versuchen, Scheidemann aus dem Haus herauszuprovozieren. Das ging natürlich stets schief. Koch dem aber für gewisse Wohnungsstreitigkeiten das Landgericht zuständig geworden ist, klagen die Ausschüsse des neuen Hausbesizers. Er hätte aus den Akten erfahren (von wem?), daß bei der Beschlagnahme ein Formfehler vorgekommen sei. Damit hätte er kein Glück. Er ersuchte dann weiter (woher anders als wieder aus den Akten?), daß nach der Beschlagnahme des Hauses im Jahre 1920 ein Zwangsmittevergleich zwischen dem Magistrat und dem früheren Hausbesitzer nicht abgeschlossen sei — man darf sich in solchen Fällen nicht glücklich einigeln! Das Gericht sprach dem Kläger zunächst die Parterreräume zu, die seit dem 1. Oktober leer stehen. Jetzt hat das Gericht in einer weiteren Verhandlung entschieden, daß Scheidemann das Haus bis zum 1. März räumen muß. Der Kläger, der nur für sich und seine Frau Wohnung gebraucht und jetzt glänzend wohnt, bekommt nunmehr noch ein ganzes Haus hinzu. Zu den annähernd 9000 Wohnungsuchenden, die in den Listen des Casseler Wohnungsamts eingetragen sind, kommen zwei weitere Familien. Aber abgesehen von dieser Seite der Sache — Mieterbeschuldung in der Praxis — ist die Hauptsache, daß der erste Beamte der Stadt zunächst obdachlos wird.

Wie wir unsern Genossen kennen, glauben wir sagen zu dürfen, daß sich seine Gegner täuschen, wenn sie annehmen, ihn durch irgend welche Heße machen zu können. Da nach dem mißglückten Attentat auf Scheidemann schon am nächsten Tage mindestens 30 000 Arbeiter vor seiner Wohnung aufmarschierten, um ihm eine Doxation zu bringen, rechnet man in parteiigenösslichen Kreisen Cassels damit, daß noch viele Menschen sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen werden, zuzusehen, wenn die Wohnung des Oberbürgermeisters freigemacht werden soll.

Ein Tendenzurteil zusammengebrochen.

Genosse Hermann freigesprochen!

Welm, 23. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Nach fünfständigen Verhandlungen fällt das Gericht in der neunten Abendstunde folgendes Urteil:

Minister Hermann und die Kreisdeputierten Herschelmann-Eisenach, Faulian-Roda und Rennert-Meinigen werden freigesprochen.

Regierungsdirektor Kunze wird wegen Urkundenfälschung zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Das Ergebnis der Verhandlung vom November 1924 gegen den Genossen Minister Hermann war ein völliger Zusammenbruch der Anklage. Auf unverantwortliche Treibereien reaktionärer Beamten hin war am 3. Januar Genosse Hermann unter der Anschuldigung schwerer Urkundenfälschung verhaftet worden. Eine Anklage wegen Vordatierung einer Urkunde, wegen eines Aktes der Staatshoheit, wie er dem allgemeinen Verwaltungsbrauch entsprach!

Eine schamlose Verleumdungskampagne gegen Hermann und die Sozialdemokratie sollte ein, gespeist von amtlichen Stellen der Thüringer Bürgerblockregierung. Die Anklage wegen schwerer Urkundenfälschung brach zusammen. Dennoch verurteilte das Gericht Hermann am 13. November zu 3000 M. Geldstrafe wegen — Unreue. Es beschleunigte ihm ausdrücklich, daß er nicht aus unehrenhaften Motiven gehandelt habe. Das Urteil war ein Tendenzurteil schlimmster Art — Bürgerblockjustiz.

Die Heße gegen Hermann in der Rechtspreffe ging unentwegt weiter. Die deutschnationalen Zeitungen und auch die Zeitungen der Deutschen Volkspartei haben im Wahlkampf den Minister Hermann auf das standhafteste beschimpft und verleumdet — Bürgerblockjustiz.

Die Berufungsverhandlung hat nun zu einem völligen Fiasko der Heße gegen Hermann geführt. Hermann ist freigesprochen. Das Urteil gegen Kunze, der in der ersten Instanz freigesprochen wurde, erscheint ganz unverständlich, da am Ende der Verhandlungen der ersten Instanz der Oberstaatsanwalt selbst die Freisprechung des Regierungsdirektors Kunze beantragt hatte.

Hermann ist glänzend gerechtfertigt, die Methode der Verleumdung aber wird fortgesetzt — sie entspricht dem inneren Wesen der Bürgerblockverleumdungen. Lüge und Verleumdung sind die Grundlagen, auf denen die Deutschnationalen nach der Macht streben.

Getreide für Schnapsbrenner.

Eine sozialdemokratische Anfrage.

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag folgende Anfrage eingebracht: Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat laut einer in der Zeitschrift „Das Gasthaus“ veröffentlichten Mitteilung an den Reichsminister der Finanzen (Gesetznummer I, 2526) die Verarbeitung von Getreide zu Branntwein wieder uneingeschränkt zugelassen. Er begründet die Freigabe damit, daß infolge der ungünstigen Witterung im vergangenen Sommer und Herbst größere Getreidemengen nicht mehr zur menschlichen Ernährung verwendbar seien. Dieser Grund würde aber doch höchstens die Freigabe des ungenießbaren Korns gerechtfertigt haben. — Auch der von dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft angeführte Hinweis, daß eine Vermehrung der Schlemperzeugung notwendig sei, ist nicht stichhaltig, denn es sind Futtermittel genügend vorhanden.

Die schrankenlose Freigabe von Getreide für Schnapsbrennereien muß im In- und Auslande als unverträglich mit der trostlosen Ernährungslage von Millionen unserer Volksgenossen empfunden werden. Koch immer ist Brot notwendig, als Schnaps. Die Förderung des Branntweingenusses durch die Reichsregierung ist aber nicht nur ein Angriff auf Volksernährung und Volksgesundheit, sondern birgt auch die Gefahr einer Steigerung der Zahlungen Deutschlands an die alliierten Mächte. Wird doch zur Ermittlung des im Dawes-Gutachten vorgeschlagenen Wohlstandes, des

der in Zukunft maßgebend für die Reparationsleistungen sein soll, auch der Verbrauch an alkoholischen Getränken und Tabak als Maßstab für die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands herangezogen.

Ist die Reichsregierung bereit, aus volkswirtschaftlichen, volkerzieherischen, finanziellen und nationalen Erwägungen die Freigabe der Getreideernie für die Schnapsbrennerei zu unterbinden?

Braunschweiger Gemeindevahlen.

Braunschweig, 23. Januar. (Eigener Bericht.) Am 13. Februar finden im Freistaat Braunschweig die Kommunalwahlen statt. Der Wahlkampf ist zunächst erst in der Presse entbrannt. Die Bürgerlichen haben sich ohne Erfolg bemüht, in der Stadt Braunschweig eine Einheitsliste aufzustellen. Sie warfen nun doch mit vier Listen auf, von denen zwei „Einheitslisten“ sind. Die erste nennt sich „Nationale Einheitsliste“ und umfaßt die politischen Parteien von den Nationalsozialisten bis zum Zentrum. Das Hauptziel der Nationalen Einheitsliste ist es, die Sozialdemokratie aus dem Stadtrat zu verdrängen. Die zweite Liste ist eine „Einheitsliste“ für Handel, Gewerbe, Handwerker und Selbstgewerbetreibende. Hinter der Liste „Volkswahlhilfe“ stehen Mieter, Bodenreformer, Freilandbesitzer und Kinderreiche. Die Demokraten führen eine eigene Liste. Die Sozialdemokratie hatte bisher nicht die Mehrheit im Stadtvorordnetenkollegium.

Der Hamburger Prozeß.

Urhabns Aussagen.

Hamburg, 23. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Im Hamburger Hochverratsprozeß rekapituliert der Vorsitzende am Freitagmorgen zunächst die bisherigen Ausführungen des Hauptangeklagten Urhabns und unterzieht besonders dessen Satz, daß er die politische Verantwortung für die Oktoberrevolution übernehme. Urhabns betont dann wieder das Wort und sich in einer zweifelhafte Rede über die politische Situation im Herbst 1923 aus, die für die Revolution günstig gewesen sei. Die SPD habe damals die Parole der „Arbeiter- und Bauernregierung“ aufgestellt. Der Bezirk Wasserfront habe allerdings diese Parole aufs entschiedenste bekämpft. Als die Rebellion der bayerischen Generale kam, habe der Bezirk Wasserfront entgegen den Befehlen der Zentrale geschlossen, dem Willen der Arbeiterschaft Rechnung zu tragen. Die Parteileitung wurde umgestürzt und ein Kopf von drei Männern wurde gewählt. Jeder hatte sich Kommissare zur Ausführung der Beschlüsse heranzuholen. Ich hatte politische Kommissare. Der militärische Beiler hat Militärs herangezogen. Urhabns läßt sich dann über die Vorgänge in Sachen und den Chemnitzer Betriebsrätekonferenz aus, der zu spät gekommen sei. Als aber das Haus des Chemnitzer Blattes von Polizei umstellt worden sei, wären die sächsischen Genossen sehr verblüfft gewesen. In diesem Augenblick habe für sie festgestanden, daß die Gesamtpartei nicht gerüstet war zu einem entscheidenden Kampf. Er habe versucht, einen Genossen aus der sächsischen Regierung zu sprechen,

habe aber nur Frau Brandler angetroffen, die gerade ihre Sachen packte.

Das sei ein weiteres Symptom für ihn gewesen, und er sei schließlich nach Hamburg gefahren, weil er erkannte, daß die Situation nicht geeignet zum Kampf war. In Hamburg angekommen, habe er sich schlafen gelegt und sei erst durch Schüsse auf der Straße geweckt worden. Was er in diesem Augenblick empfunden habe, könne er nicht beschreiben. Als er die Bode am Dienstagmorgen über sich habe erkannt, daß mit diesem Kampf ein großer Schaden für die Partei anrichtete wurde. Er habe sofort den Abbruch des Kampfes angestrebt. Ueber seine Tätigkeit nach dem Putz verweigert Urhabns die Aussage, ebenso darüber, ob ein bestimmter Termin für den Ausbruch des Kampfes festgesetzt war. — Nach einigen Fragen des Vorsitzenden und des Staatsanwalts ist die Vernehmung des Hauptangeklagten beendet.

In der Nachmittagsitzung wurde der Angeklagte Frenke vernommen, der der Leiter der Gewerkschaftsabteilung der SPD Groß-Hamburg war. Er erklärte u. a., daß die Arbeit der Kommunistischen Partei auf das Ziel gerichtet sei, die Gewerkschaftsbewegung zu überwinden. Als Kommunisten seien sie gewillt, den Machtkampf um die Gewerkschaften mit Gewalt zu führen. Das Ziel war, die Gewerkschaftsbewegung mit allen Mitteln in den politischen Machtkampf zu ziehen. Deshalb seien auch die roten Gewerkschaftsleiter gebildet worden. — Der Angeklagte äußert sich dann über die Einmündungsverhandlungen zwischen Urhabschuh des ADGB und den sozialistischen Parteien, an denen er in Vertretung Urhabns teilgenommen habe. Er habe die Bezirksleitung nicht unterrichtet, da inzwischen schon die Kämpfe begonnen hätten. Der Angeklagte antwortet auf die Frage des Vorsitzenden, ob das Endziel der kommunistischen Partei nur auf dem Wege der Gewalt zu erreichen und ob nach seiner Meinung der bewaffnete Kampf eine Selbstfolge des Generalkriegs sei, mit Ja. Die Verhandlungen werden dann auf Sonntag vertagt, da der nächste Angeklagte Leon von einem Unwohlsein befallen wird und nicht vernunftfähig ist.

Weitere Militärkontrolle.

Generalbericht erst in zwei Wochen.

Paris, 23. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die von der englischen Presse veröffentlichte Mitteilung, daß es innerhalb der Bolschewikerkonferenz zu Meinungsverschiedenheiten über die Ergebnisse der Militärkontrolle in Deutschland gekommen sei und infolgedessen die für letzten Mittwoch anberaumte Sitzung der Konferenz hat vertagt werden müssen, scheint nach den Angaben der zuständigen Stellen in Paris nicht den Tatsachen zu entsprechen. Nach den getroffenen Dispositionen werde die Kontrollkommission ihre Tätigkeit in Deutschland bis Ende dieses Monats fortsetzen, so daß ihr Bericht frühestens in der ersten Woche des Februar in Paris erarbeitet werden könne. Dagegen soll die Bolschewikerkonferenz beabsichtigen, in der Zwischenzeit der deutschen Regierung auf deren Note wegen der Nichträumung Adins zu antworten. Eine halbamtliche Mitteilung versichert, daß über den Text dieser Antwort bereits volle Verständigung zwischen den beteiligten Regierungen erzielt sei. Diese Note, die in den nächsten Tagen überreicht werden soll, werde die deutsche Auslegung des Versailler Art. 429 zurückweisen und erneut betonen, daß eine endgültige Entscheidung erst erfolgen könne, wenn der Schlussbericht der Kontrollkommission vorliegt.

Herriot über die Botschaft beim Vatikan.

Er tritt weiter für Aufhebung ein.

Paris, 23. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Kammer hat nachdem sie am Freitag vormittag die Beipregung einer Interpellation über die Wohnungsfrage und die von der Regierung angeordneten Maßnahmen zu deren Abstellung zu Ende geführt hatte, am Nachmittag die Aussprache über die auswärtige Politik fortgesetzt. Die Sitzung begann mit einem vierstündigen Pulkedel-Konzert, das von der Linken veranstaltet wurde, um einen Redner der Opposition, der trotz der Wortentziehung

durch den Präsidenten sich weigerte, die Tribüne zu verlassen, zum Schweigen zu bringen. Erst die Unterbrechung der Sitzung konnte dem Zwischenfall ein Ende bereiten. Nach ihrer Wiederaufnahme ergriß Herriot das Wort. Er erklärte, daß er sich für heute darauf beschränke, auf die Kritik zu antworten, die die von der Regierung beschlossene Aufhebung der Gesandtschaft beim Vatikan gefunden habe, daß er sich dagegen die Erklärungen zu den übrigen Fragen der auswärtigen Politik für die nächste Woche vorbehalten wolle. Herriot wies zunächst den Vorwurf zurück, daß er aus Eigenliebe oder Verleiten auf eine Doktrin handle. Die ganze Frage habe vor allem mit Religion nicht das geringste zu tun. Wenn der Ministerium zu dem Entschluß gekommen sei, die diplomatischen Beziehungen zum Vatikan abzubauen, so geschehe das nicht aus Religionsfeindschaft, sondern vor allem aus der Erwägung heraus, daß der Vatikan keine weltliche Macht sei und infolgedessen kein Recht auf diplomatische Vertretung habe. Den Einwand Brindos, daß in der auswärtigen Politik Opportunismus allein zu entscheiden habe, tat Herriot mit der Erklärung ab, daß nach seiner Auffassung ein Politiker in erster Linie die Pflicht habe, an der Spitze der Regierung die Grundzüge zur Durchführung zu bringen, die er als Führer der Opposition vertreten habe.

Der belgische Zolltarif.

Beginnende Abkehr vom Schutzollsystem.

Brüssel, 23. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Für die Zolltarifkommission erlittete am Donnerstag der frühere Außenminister Tassart der Kammer Bericht über den neuen Zolltarifentwurf. Der Waren deutscher, sächsischer und österreichischer Herkunft besonders hohen Einfuhrzöllen unterwirft unter dem Vorwand, daß volutarische und andere Verhältnisse diese Länder zu unbilliger Konkurrenz befähigen. Diese Behauptung ist natürlich längst nicht mehr wahr. Der Bericht stellt indes immerhin den Anfang einer Reaktion gegen die schutzöllnerischen Bestrebungen dar. Es heißt nämlich darin: Die vorgeschlagenen Maßnahmen bezeugen allenthalben Zweifel und widersprechen den belgischen Traditionen. Allerdings würde der Gesetzentwurf den belgischen Unterhändlern bei Wirtschaftsverhandlungen eine Kampfwaffe bieten. Aus diesem Grunde könnte die Kommission dem Gesetzentwurf zu, aber die Sonderzölle gegen die drei genannten Länder müßten beseitigt werden, sobald die schwebenden wirtschaftlichen Verhandlungen abgeschlossen sind. Die Kommission ist der Ansicht, daß die belgische Industrie nur durch Ausfuhr leben und nur die freie Konkurrenz den belgischen Industrieprodukten den Absatzmarkt sichern kann. Jeder, selbst indirekte Schutzoll, müßte die belgische Industriekraft schwächen. Denn kein Zollschutz für den Inlandmarkt könne den Verlust des Auslandmarktes ersetzen. Darum sei die baldige Rückkehr zum alten Freihandelsystem geboten.

Die belgische Regierungstrife ist abermals vertagt. Die Drohung der Minimalen, das Ministerium Theunis über die Erhöhung der Lehrgelöhner zu stürzen, hat sich als blinder Bärm erwiesen. Sowohl die Minimalen wie die Liberalen, oder richtiger gesagt, Teile dieser innerlich völlig zerrütteten Parteigeilde möchten sich wohl gerne vor den Neuwahlen aus der überlebendeten Regierungskoalition retten, wagen aber den entscheidenden Schritt doch nicht. So wird vertagt, doch noch die paar Monate bis zu den Wahlen fortzumauern. Aber über Nacht kann ein neuer Konflikt und eine neue Krise entstehen.

Austritt Branings.

Stockholm, 23. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Genosse Braning, der schwedische Ministerpräsident, hat sich entschieden zum Rücktritt auf seinen schwer angegriffenen Gesundheitszustand seine Demission einzureichen. Wie schon gemeldet, wird Genosse Thorsson sein Amtsnachfolger.

Eingeschmuggelte Habsburger.

Bundesregierung gegen Verfassung.

Wien, 23. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Am Freitag erhoben die sozialdemokratischen Landesräte von Niederösterreich beim Landesoberhauptmann, dem christlichsozialen Dr. Buresch, Protest gegen die Anwesenheit des ehemaligen Erzherzogs Leopold Salvator in Niederösterreich. Sie verlangten, da der gemessene Erzherzog durch Geheiß aus Oesterreich ausgewiesen ist und die Regierung daher nicht das Recht hat, ihm den Aufenthalt zu bewilligen, daß der Landesoberhauptmann ihn verhaften und abschieben lasse. Der Landesoberhauptmann erklärte, daß nach seinen amtlichen Informationen Leopold Salvator sich tatsächlich in Niederösterreich aufhalte. Das sei nach seiner Auffassung ungesetzlich; er könne gegen ihn nicht vorgehen, weil der ehemalige Erzherzog die Aufenthaltbewilligung in Oesterreich von der (christlich-sozial-großdeutschen) Bundesregierung erhalten habe. Er folgte jedoch zu, die Forderung der sozialdemokratischen Landesräte an die Bundesregierung weiterzuleiten.

Das russisch-japanische Abkommen.

Schlichterins Auslegung.

Moskau, 23. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Schlichterins hat zum Abschluß des russisch-japanischen Vertrages erklärt, daß damit die erste Etappe der Fernostpolitik der Sowjets abgeschlossen sei. Das sei das Ende der Interventionen und der unregelmäßigen Verhältnisse im fernem Osten. Der Vertrag habe auch machtpolitische Bedeutung, weil Japan dadurch ein weiteres Betreten des Hinterlands erhalte falls Konflikte im Stillen Ozean entstehen sollten. Die Petroleumkonzessionen in Nord-Sachalin seien für Japan nicht nur von wirtschaftlicher Bedeutung, sondern auch von militärischer. — Stokkholm erklärte u. a., daß der Weg zu einer Verbindung zwischen Rußland, Deutschland, China und Japan zu einem großen Kontinentalsblock offen sei. Er betonte, daß Deutschland dieser Auffassung noch keine Sympathie entgegenbringe.

Der litauische Staatspräsident bei Oberst. Der litauische Staatspräsident Stulginski, der sich mehrere Wochen zu ärztlicher Behandlung in Berlin aufgehalten hat und heute nach Litauen zurückkehren beabsichtigt, stiftete gestern mittag dem Reichspräsidenten einen Besuch ab, den dieser am Nachmittag in der litauischen Gesandtschaft erwiderte.

Die litauischen Rechtsparteien haben im Sejm beantragt, daß Abgeordnete der nationalen Minderheiten (Deutsche, Juden, Polen, Russen) Sejmabteilungen nicht angehören dürfen, weil sie nicht loyal genug seien, um ihnen gesetzgeberische Arbeit anzuvertrauen!

Rumänisch-serbischer Austausch von Deutschen. Die rumänische Regierung schlug der Regierung in Belgrad vor, ihr das Dorf Kalovo, welches zum größten Teil von Deutschen bewohnt ist, für das rumänische, ausschließlich von Serben bewohnte Dorf Fenjer abzutauschen. Die Entscheidung dürfte im Sinne des Antrags ausfallen.

Das allgemeine Wahlrecht für Japan wird Premierminister Graf Kato, wie er im Parlament erklärte, in Kürze Zeit vorzulegen.

Gewerkschaftsbewegung

Deutschnationale Lügen.

Was man dem Landvolk erzählt.

Der unter Leitung des deutschnationalen Abg. Behrens stehende deutsche Zentralverband der Landarbeiter gibt einen sog. „Landvolkalender“ heraus. Auf Seite 16 dieses Kalenders finden wir unter dem Titel: „Der getreue Eckart der Landarbeiter“, aus der Feder des deutschnationalen Abgeordneten Behrens, folgenden Erguß:

„Eine unter maßgebender Beteiligung der Sozialdemokraten gebildete frühere Reichsregierung hat zuerst die Notwendigkeit einer Arbeitszeitverlängerung der Arbeitszeit in einer Erklärung an die Reparationsmächte (England, Belgien und Frankreich) anerkannt! Auch die später gefasste Verordnung über die Arbeitszeitverlängerung ist von den damaligen Koalitionspartnern, also einschließlich der Sozialdemokraten, vereinbart worden. Die Sozialdemokraten haben also nicht nur die Notwendigkeit der Arbeitszeitverlängerung anerkannt, sondern waren auch bei ihrer praktischen Durchführung maßgebend beteiligt. Wehrlich liegt es auch mit dem Lohnabbau.“

In seiner gestrigen Reichstagsrede hat Herr Behrens diese Behauptungen wiederholt, allerdings in erheblich vorsichtigerer Form. Herr Behrens weiß natürlich, daß diese Behauptungen sonst und anders unweigerlich sind. Niemals hat eine Reichsregierung, in der auch nur ein Sozialdemokrat saß, eine Erklärung abgegeben, in der die Arbeitszeitverlängerung der Arbeitszeit als notwendig anerkannt worden wäre. Niemals ist auch eine Arbeitszeitverlängerung gesetzlich verordnet und also auch nicht von den Koalitionspartnern einschließlich der Sozialdemokraten vereinbart worden. Herr Behrens denkt vielleicht an die von ihm vereinbarten Tarifverträge. Über den Lohnabbau versuchte Herr Behrens nicht einmal, eine Behauptung aufzustellen, wonach Sozialdemokraten in der Regierung oder außerhalb der Regierung ihn angeordnet hätten.

Was die Arbeitszeitverordnung betrifft, so weiß Herr Behrens selbstverständlich, daß die rein bürgerliche Regierung Marschall sich geweigert hat, die Mobilisierungsvorordnung zu verlängern. Es wurde dann von dem Reichsarbeitsminister eine in ihren Grundzügen vorher vereinbarte Arbeitszeitverordnung erlassen, die jedoch nicht übereinstimmend mit dem Wortlaut der Vereinbarungen, aber immer noch den Absichtsentwurf beibehält. Eine Abweichung davon wird in erster Linie abhängig gemacht von einer Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Diese Arbeitszeitverordnung ist mißbräuchlich so ausgelegt worden, daß wo eine Vereinbarung nicht zustande kam, von den beherrschenden Schlichtungsinstanzen vielfach Schiedssprüche gefällt wurden, die dann vom Reichsarbeitsministerium für verbindlich erklärt worden sind und die eine Verlängerung der Arbeitszeit anordneten. Wegen diese Praxis der Schlichtungsinstanzen und mißbräuchliche Anwendung der Bestimmung in der Arbeitszeitverordnung hat die Sozialdemokratie und ihre Presse nachdrücklich und mit Erfolg Protest erhoben. Wenn Herr Behrens etwas anderes behauptet, macht er sich einer der besorgten Lüge schuldig. Bei einem deutschnationalen Arbeiterführer ist das nicht weiter überraschend.

Einigung in der Tschechoslowakei!

Am 21. und 22. Januar fanden in Prag Beratungen von Vertretern der tschechoslowakischen Gewerkschaftsbewegung und der deutschen Gewerkschaftskommission statt, bei denen der Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsverbandes Genosse Audageest den Vorsitz führte. Die Beratungen hatten die Frage des Zusammenflusses der deutschen und tschechischen Gewerkschaften in der Tschechoslowakei zum Gegenstand. Es wurde einstimmig der Grundgedanke des Internationalen Gewerkschaftsverbandes angenommen, daß in jedem Staat nur eine Zentrale bestehen soll. Die Verhandlungen sind bereits soweit gediehen, daß gewisse Richtlinien über die Verwirklichung dieses Grundgedankes ausgeprochen wurden. Die Verhandlungen werden fortgesetzt. Es wäre für die Arbeiterchaft der Tschechoslowakei wie für die Internationale ein unschätzbare Gewinn, wenn es gelangen würde, die Arbeitervereinigungen der tschechischen und der deutschen Gewerkschaften herbeizuführen.

Streikerfolg der Bauhofsler.

Dem Beschluß der Branchenversammlung vom vergangenen Montag, in den Betrieben die Arbeit einzustellen, wo die Forderung nach 1 Mrk. Stundenlohn nicht bewilligt wird, sind die Belegschaften von 24 Betrieben nachgekommen, so daß mit den schon früher in den Ausnahmestellen der weitläufigsten Teil der Bauhofsler vereinigt. Die Unternehmer haben ihren Ausperrungsbeschlüssen durchgegriffen; sie beantragten daher die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsrichters, der 80 Pf. Spitzenlohn bestimmt hatte. Nach langen Verhandlungen wurde dann folgender Vermittlungsvorschlag

gemacht: Der Spitzenlohn wird auf 95 Pf. festgesetzt. Zulagen, die seit dem 31. Oktober v. J. gegeben wurden, dürfen dabei nur mit 50 Proz. angerechnet werden; ausgenommen sind davon Leistungszulagen, die auch weiterhin in voller Höhe zu zahlen sind. In einer Vollversammlung der Streikenden gab gestern nachmittag 7 Uhr den Bericht, der vom Branchenleiter Krüger ergänzt wurde. Die Versammlung nahm schließlich den Vermittlungsvorschlag an. Das neue Abkommen, das nur für Bauhofsler gilt, läuft vom 25. Januar bis zum 29. März. Bis zum 25. Januar gilt der Schiedspruch. Die Arbeit soll bis Montag wieder aufgenommen sein. Maßregelungen sind unzulässig.

Zur Sperre bei Straubel.

Vom Deutschen Bauergewerksbund wird uns geschrieben: In der Abendausgabe vom 21. Januar verhängen wir über die Firma Straubel in Tempelhof die Sperre. Es ist notwendig, zu erfahren, welche Beweggründe den Bauergewerksbund dazu veranlassen haben.

Die Ausschachtungsarbeiten wurden zunächst im Tageslohn ausgeführt, der den tariflichen Bedingungen nicht entsprach. Als nun die Belegschaft den Tariflohn forderte, wurde den

Postabonnenten

welche die Erneuerung des Abonnements für Februar noch nicht vorgenommen haben, müssen sofort das Verälumte nachholen, wenn keine Unterbrechung in der Zustellung der Zeitung erfolgen soll

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Arbeitern ein Akkordlohn geboten, bei dem es nicht möglich war, trotz angelegentlichster Arbeit auch nur annähernd den Tariflohn verdienen zu können. Grund genug für die Belegschaft, sich zu weigern, zu diesen Bedingungen die Arbeit zu leisten, was die Firma Straubel mit der sofortigen Entlassung beantwortete. Die Firma Straubel glaubte sich auf ihrer Baustelle nicht mehr sicher, sondern ließ die Bauarbeiter durch Polizei von der Arbeitsstelle entfernen. Bei der Entlassung erhielten die Arbeiter weder Papiere noch ihren sauer verdienten Lohn. Erst am Abend, nachdem sie acht Stunden gewartet hatten, wurde ihnen größtmäßig Lohn und Papiere in die Hand gedrückt. Die Wartezeit auf die Papiere, welche man normalerweise zu zahlen pflegt, war selbstverständlich nicht bei der Lohnberechnung einbezogen. Die Firma war weiter so „human“, jedem Entlassenen zu helfen, nicht zu schnell in den Besitz der Gewerkschaftenunterstützung zu kommen. Man vermerkt nämlich als Entlassungsgrund, daß die Arbeiter die Arbeit selbst eingestellt hatten.

Bei einer Verhandlung durch die tarifliche Unterkommission erklärte der Firmenvertreter Gestrich, wenn er Hochbauhofsler zahlen müsse, dann stelle er die Arbeit ein. Nach unserer Ansicht sucht die Firma einen Anlaß, um bei ihrer Auftragsgeberin — der Postbehörde — eine Nachbewilligung herauszuholen. Dies scheinen die neuesten Unternehmensziele zu sein. Herrn Gestrich, Obermeister der Innung, empfehlen wir, selbst einmal die Bilde und die Schippe in die Hand zu nehmen und Betrachtungen anzustellen, wieviel Kubikmeter tagsüber vom Arbeiter geschafft werden können. Bei 30 Pfennig pro Yore schweren Behmboden schichten, welcher nur mit der Bilde losgehoben werden kann, dazu noch ein Transport von 50 bis 100 Meter teils bergan und über drei bis vier Drehscheiben und dann noch kippen, dürfte sich selbst Herr Gestrich überzeugen, daß der geübene Boden, den das Handwerk haben soll, ein Kleinod ist. Eine derartige Arbeitsleistung müde man keinem Zochhäuser zu, geschweige einem freien Arbeiter.

Eine ganz besondere Nummer ist der Budister Müller, Reutelln, Kopf, Ecke Bessingstraße, Restaurant „Zur Eisperle“. Dieser gute Geschäftsmann macht den Anreiz. Er hat die Arbeit von der Firma Straubel in Akkord übernommen und preist die Arbeiter aus wie eine Pflanze. Täglich werden vier bis fünf Mann eingestellt und auch entlassen. Nachdem nun die Arbeiter entlassen wurden und von der Organisation die Sperre verhängt ist, hat dieses vielseitige Genie eine neue Tätigkeit erfindet, nämlich die eines Streikbrecherorgans. Er versucht auf alle mögliche Art und Weise Leute zu bekommen, die ihn aus der Baise helfen könnten. Den Anwohnern der Kopf, Bessing, und Steinmühlstraße empfehlen wir die vorzüglichen Biere und Biöre, die dieser Mann im Nebenberuf ausverkauft. Der gute Mann scheint Geld zu brauchen.

Darum, Bauarbeiter, übt Solidarität! Schließt euch den Gewerkschaften an, um dem immer frecher werdenden Kapitalismus die Stirn bieten zu können.

Was man „Bolschewisten“ Defekt bietet.

Wir haben in unserer Abendausgabe vom 14. Januar die Phantasia eines angeblichen Observers aus London festgenagelt, der den gläubigen Lesern der „Roten Fahne“ erzählt, daß die Disposition über die Rußlandreise der englischen Gewerkschaftsdelegierten bei der Zusammenkunft in Brüssel abgebrochen wurde, nicht, wie von dem Amsterdamer behauptet wurde, weil die Engländer durch das Klumetter am rechtzeitigen Erscheinen verhindert worden, sondern weil „zwischen den englischen Vertretern und den internationalen Reaktionsären keine Einigung zustande kam“. Darauf tiefes Schweigen des Bolschewistenblatts. Endlich am 22. Januar bringt es das bolschewistische Blatt fertig, sich über Wanderrede und Zuhörung lustig zu machen, die die Naturgewalten daran verhindern hätten, mit Buccell abzuzählen. Was aus Eingeständnis, daß der Observer aus Pantom geschwimbelt hätte.

Nun wird man sich sagen, daß man schließlich auch bolschewistisch verbißenen Lesern nicht mehr zutrauen darf. Die „Rote Fahne“ übertrumpft sich aber selbst. Am 23. Januar bringt sie wieder einen Artikel des Observers aus Vichterfelde, in dem alle Behauptungen aufrechterhalten und noch einige „Erhellungen“ ähnlichen Kalibers hinzugefügt werden. Also am 23. Januar stellt die „Rote Fahne“ eine Behauptung auf, die sie am 22. Januar widerlegt, um sie am 23. Januar wieder aufzustellen. Natürlich unter der Ueberschrift: „Der Lügen-, Vorwärts“ und seine englischen Freunde.“

Klempnerstreik und -ausperrung in Rheinland-Westfalen.

Die Klempnerarbeiterverbände haben für das Installations- und Klempnergewerbe in Duisburg sowie den benachbarten Städten Düsseldorf, Bochum und Essen den Streik beschlossen. Die Arbeiter hatten am 1. Dezember 1924 den Lohnstarif, der einen Spitzenlohn von 80 Pf. vorsah, geltend gemacht. Bei den Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß wurde nur eine Erhöhung von 5 Pf. gleich 6 Proz. ausgehört. Die Arbeiter haben den Streikbeschlusses an, die Arbeitgeber im Installationsgewerbe und im Klempnergewerbe im rheinisch-westfälischen Industriegebiet beschließen, in den übrigen Städten des Bezirks die gesamte Geflüßenschaft auszusperrn.

Freigabe des Anti-Kriegsmaterials in Rumänien.

(SOM.) Besondere haben die rumänischen Behörden letztendlich die vom IGB nach Rumänien gesandten Anti-Kriegs-Abzeichen und Anti-Kriegs-Karten mit Beschlagnahme befreit. Da es nicht gelang, das Material frei zu bekommen, wandte sich der IGB mit einer scharfen Beschwerde, die auch durch die Presse veröffentlicht wurde, an den rumänischen Ministerpräsidenten. Dies hat nunmehr zur Folge gehabt, daß sowohl Abzeichen als auch Karten freigegeben und der gewerkschaftlichen Landeszentrale ausgeliefert worden sind. Nunmehr ist nur noch ein Hindernis zu überwinden, nämlich die Erlangung der ministeriellen Bewilligung, daß die Abzeichen auch getragen werden dürfen. Manche Regierungen haben es wirklich nicht leicht!

Disparitäten bei Siemens u. Schudert. Im Elmowerl haben wegen Lohnunterschieden am Freitag 250 Arbeiterinnen die Arbeit niedergelegt. Die Arbeiterinnen forderten Erhöhung der Akkordpreise, was die Firma trotz Vermittlung des Arbeiterrates ablehnte.

Während SPD-Parteitag! Sonntag vormittag 10 Uhr finden im großen Saal der SPD Halle des Deutschen Arbeitervereins in folgenden Besolen statt: I. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. 101. 102. 103. 104. 105. 106. 107. 108. 109. 110. 111. 112. 113. 114. 115. 116. 117. 118. 119. 120. 121. 122. 123. 124. 125. 126. 127. 128. 129. 130. 131. 132. 133. 134. 135. 136. 137. 138. 139. 140. 141. 142. 143. 144. 145. 146. 147. 148. 149. 150. 151. 152. 153. 154. 155. 156. 157. 158. 159. 160. 161. 162. 163. 164. 165. 166. 167. 168. 169. 170. 171. 172. 173. 174. 175. 176. 177. 178. 179. 180. 181. 182. 183. 184. 185. 186. 187. 188. 189. 190. 191. 192. 193. 194. 195. 196. 197. 198. 199. 200. 201. 202. 203. 204. 205. 206. 207. 208. 209. 210. 211. 212. 213. 214. 215. 216. 217. 218. 219. 220. 221. 222. 223. 224. 225. 226. 227. 228. 229. 230. 231. 232. 233. 234. 235. 236. 237. 238. 239. 240. 241. 242. 243. 244. 245. 246. 247. 248. 249. 250. 251. 252. 253. 254. 255. 256. 257. 258. 259. 260. 261. 262. 263. 264. 265. 266. 267. 268. 269. 270. 271. 272. 273. 274. 275. 276. 277. 278. 279. 280. 281. 282. 283. 284. 285. 286. 287. 288. 289. 290. 291. 292. 293. 294. 295. 296. 297. 298. 299. 300. 301. 302. 303. 304. 305. 306. 307. 308. 309. 310. 311. 312. 313. 314. 315. 316. 317. 318. 319. 320. 321. 322. 323. 324. 325. 326. 327. 328. 329. 330. 331. 332. 333. 334. 335. 336. 337. 338. 339. 340. 341. 342. 343. 344. 345. 346. 347. 348. 349. 350. 351. 352. 353. 354. 355. 356. 357. 358. 359. 360. 361. 362. 363. 364. 365. 366. 367. 368. 369. 370. 371. 372. 373. 374. 375. 376. 377. 378. 379. 380. 381. 382. 383. 384. 385. 386. 387. 388. 389. 390. 391. 392. 393. 394. 395. 396. 397. 398. 399. 400. 401. 402. 403. 404. 405. 406. 407. 408. 409. 410. 411. 412. 413. 414. 415. 416. 417. 418. 419. 420. 421. 422. 423. 424. 425. 426. 427. 428. 429. 430. 431. 432. 433. 434. 435. 436. 437. 438. 439. 440. 441. 442. 443. 444. 445. 446. 447. 448. 449. 450. 451. 452. 453. 454. 455. 456. 457. 458. 459. 460. 461. 462. 463. 464. 465. 466. 467. 468. 469. 470. 471. 472. 473. 474. 475. 476. 477. 478. 479. 480. 481. 482. 483. 484. 485. 486. 487. 488. 489. 490. 491. 492. 493. 494. 495. 496. 497. 498. 499. 500. 501. 502. 503. 504. 505. 506. 507. 508. 509. 510. 511. 512. 513. 514. 515. 516. 517. 518. 519. 520. 521. 522. 523. 524. 525. 526. 527. 528. 529. 530. 531. 532. 533. 534. 535. 536. 537. 538. 539. 540. 541. 542. 543. 544. 545. 546. 547. 548. 549. 550. 551. 552. 553. 554. 555. 556. 557. 558. 559. 560. 561. 562. 563. 564. 565. 566. 567. 568. 569. 570. 571. 572. 573. 574. 575. 576. 577. 578. 579. 580. 581. 582. 583. 584. 585. 586. 587. 588. 589. 590. 591. 592. 593. 594. 595. 596. 597. 598. 599. 600. 601. 602. 603. 604. 605. 606. 607. 608. 609. 610. 611. 612. 613. 614. 615. 616. 617. 618. 619. 620. 621. 622. 623. 624. 625. 626. 627. 628. 629. 630. 631. 632. 633. 634. 635. 636. 637. 638. 639. 640. 641. 642. 643. 644. 645. 646. 647. 648. 649. 650. 651. 652. 653. 654. 655. 656. 657. 658. 659. 660. 661. 662. 663. 664. 665. 666. 667. 668. 669. 670. 671. 672. 673. 674. 675. 676. 677. 678. 679. 680. 681. 682. 683. 684. 685. 686. 687. 688. 689. 690. 691. 692. 693. 694. 695. 696. 697. 698. 699. 700. 701. 702. 703. 704. 705. 706. 707. 708. 709. 710. 711. 712. 713. 714. 715. 716. 717. 718. 719. 720. 721. 722. 723. 724. 725. 726. 727. 728. 729. 730. 731. 732. 733. 734. 735. 736. 737. 738. 739. 740. 741. 742. 743. 744. 745. 746. 747. 748. 749. 750. 751. 752. 753. 754. 755. 756. 757. 758. 759. 760. 761. 762. 763. 764. 765. 766. 767. 768. 769. 770. 771. 772. 773. 774. 775. 776. 777. 778. 779. 780. 781. 782. 783. 784. 785. 786. 787. 788. 789. 790. 791. 792. 793. 794. 795. 796. 797. 798. 799. 800. 801. 802. 803. 804. 805. 806. 807. 808. 809. 810. 811. 812. 813. 814. 815. 816. 817. 818. 819. 820. 821. 822. 823. 824. 825. 826. 827. 828. 829. 830. 831. 832. 833. 834. 835. 836. 837. 838. 839. 840. 841. 842. 843. 844. 845. 846. 847. 848. 849. 850. 851. 852. 853. 854. 855. 856. 857. 858. 859. 860. 861. 862. 863. 864. 865. 866. 867. 868. 869. 870. 871. 872. 873. 874. 875. 876. 877. 878. 879. 880. 881. 882. 883. 884. 885. 886. 887. 888. 889. 890. 891. 892. 893. 894. 895. 896. 897. 898. 899. 900. 901. 902. 903. 904. 905. 906. 907. 908. 909. 910. 911. 912. 913. 914. 915. 916. 917. 918. 919. 920. 921. 922. 923. 924. 925. 926. 927. 928. 929. 930. 931. 932. 933. 934. 935. 936. 937. 938. 939. 940. 941. 942. 943. 944. 945. 946. 947. 948. 949. 950. 951. 952. 953. 954. 955. 956. 957. 958. 959. 960. 961. 962. 963. 964. 965. 966. 967. 968. 969. 970. 971. 972. 973. 974. 975. 976. 977. 978. 979. 980. 981. 982. 983. 984. 985. 986. 987. 988. 989. 990. 991. 992. 993. 994. 995. 996. 997. 998. 999. 1000.

Maschinen und Heizer der Metallindustrie.

Am Montag, den 24. Januar, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Charlottenstraße 24, Anfang 9. 30. In Gegenwart des Vorstands, Eingang Nummer 7, Funktionäre und Vertreter der Maschinen, Heizer und Schmiedegewerkschaften des Reichsverbandes Metallgewerkschaften angeschlossen. Tagesordnung: 1. Bericht der Arbeiterversammlung über die eingeleiteten Verhandlungen. 2. Bericht der Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 3. Bericht der Maschinen- und Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 4. Bericht der Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 5. Bericht der Maschinen- und Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 6. Bericht der Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 7. Bericht der Maschinen- und Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 8. Bericht der Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 9. Bericht der Maschinen- und Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 10. Bericht der Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 11. Bericht der Maschinen- und Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 12. Bericht der Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 13. Bericht der Maschinen- und Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 14. Bericht der Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 15. Bericht der Maschinen- und Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 16. Bericht der Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 17. Bericht der Maschinen- und Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 18. Bericht der Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 19. Bericht der Maschinen- und Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 20. Bericht der Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 21. Bericht der Maschinen- und Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 22. Bericht der Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 23. Bericht der Maschinen- und Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 24. Bericht der Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 25. Bericht der Maschinen- und Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 26. Bericht der Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 27. Bericht der Maschinen- und Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 28. Bericht der Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 29. Bericht der Maschinen- und Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 30. Bericht der Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 31. Bericht der Maschinen- und Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 32. Bericht der Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 33. Bericht der Maschinen- und Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 34. Bericht der Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 35. Bericht der Maschinen- und Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 36. Bericht der Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 37. Bericht der Maschinen- und Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 38. Bericht der Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 39. Bericht der Maschinen- und Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 40. Bericht der Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 41. Bericht der Maschinen- und Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 42. Bericht der Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 43. Bericht der Maschinen- und Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 44. Bericht der Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 45. Bericht der Maschinen- und Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 46. Bericht der Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 47. Bericht der Maschinen- und Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 48. Bericht der Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 49. Bericht der Maschinen- und Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 50. Bericht der Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 51. Bericht der Maschinen- und Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 52. Bericht der Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 53. Bericht der Maschinen- und Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 54. Bericht der Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 55. Bericht der Maschinen- und Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 56. Bericht der Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 57. Bericht der Maschinen- und Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 58. Bericht der Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 59. Bericht der Maschinen- und Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 60. Bericht der Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 61. Bericht der Maschinen- und Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 62. Bericht der Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 63. Bericht der Maschinen- und Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 64. Bericht der Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 65. Bericht der Maschinen- und Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 66. Bericht der Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 67. Bericht der Maschinen- und Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 68. Bericht der Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 69. Bericht der Maschinen- und Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 70. Bericht der Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 71. Bericht der Maschinen- und Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 72. Bericht der Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 73. Bericht der Maschinen- und Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 74. Bericht der Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 75. Bericht der Maschinen- und Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 76. Bericht der Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 77. Bericht der Maschinen- und Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 78. Bericht der Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 79. Bericht der Maschinen- und Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 80. Bericht der Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 81. Bericht der Maschinen- und Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 82. Bericht der Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 83. Bericht der Maschinen- und Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 84. Bericht der Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 85. Bericht der Maschinen- und Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 86. Bericht der Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 87. Bericht der Maschinen- und Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 88. Bericht der Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 89. Bericht der Maschinen- und Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 90. Bericht der Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 91. Bericht der Maschinen- und Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 92. Bericht der Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 93. Bericht der Maschinen- und Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 94. Bericht der Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 95. Bericht der Maschinen- und Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 96. Bericht der Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 97. Bericht der Maschinen- und Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 98. Bericht der Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 99. Bericht der Maschinen- und Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 100. Bericht der Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen.

Während, Zimmerer! Heute abend finden in allen Bezirken Arbeitervereinigungen statt. Die Vertrauensleute und Funktionäre werden ermahnt, auf die Arbeiterschaft für guten Erfolg zu optimieren. Die zur Kontrolle vorgerichteten Mitglieder sollen hier in Empfang genommen werden. — Für folgende Bezirke ist eine Veränderung eingetreten: Der Bezirk 22 (Walden) hat bereits am Montag, den 24. Januar, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Charlottenstraße 24, Anfang 9. 30. In Gegenwart des Vorstands, Eingang Nummer 7, Funktionäre und Vertreter der Maschinen, Heizer und Schmiedegewerkschaften des Reichsverbandes Metallgewerkschaften angeschlossen. Tagesordnung: 1. Bericht der Arbeiterversammlung über die eingeleiteten Verhandlungen. 2. Bericht der Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 3. Bericht der Maschinen- und Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 4. Bericht der Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 5. Bericht der Maschinen- und Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 6. Bericht der Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 7. Bericht der Maschinen- und Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 8. Bericht der Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 9. Bericht der Maschinen- und Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 10. Bericht der Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 11. Bericht der Maschinen- und Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 12. Bericht der Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 13. Bericht der Maschinen- und Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 14. Bericht der Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 15. Bericht der Maschinen- und Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 16. Bericht der Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 17. Bericht der Maschinen- und Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 18. Bericht der Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 19. Bericht der Maschinen- und Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 20. Bericht der Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 21. Bericht der Maschinen- und Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 22. Bericht der Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 23. Bericht der Maschinen- und Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 24. Bericht der Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 25. Bericht der Maschinen- und Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 26. Bericht der Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 27. Bericht der Maschinen- und Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 28. Bericht der Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 29. Bericht der Maschinen- und Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen. 30. Bericht der Heizer- und Schmiedegewerkschaften über die Verhandlungen

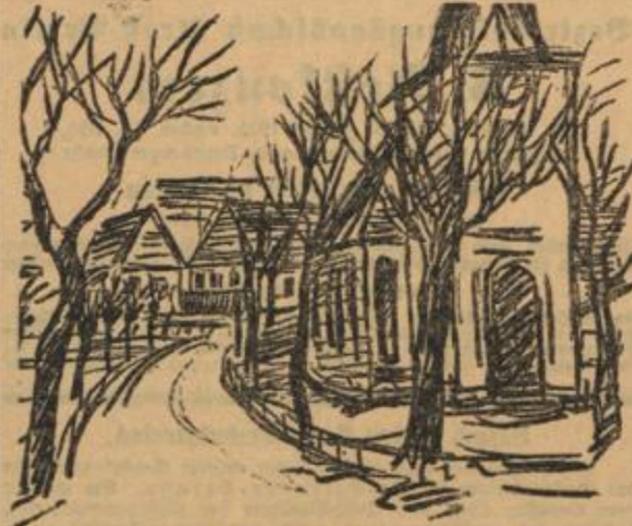
Die neue Stadt vor den Toren.

Es gibt keinen Ort, der den Berlinern so unbekannt sein dürfte wie das kürzlich Stadt gewordene Dorf Romawes, das selbst auch wieder erst im Jahre 1907 aus den beiden dicht bei einander gelegenen Dörfern Neudorf und Romawes entstanden ist. Die Potsdamer Vorortzüge, die von Berlin durchfahren, halten zwar in Neuhabelberg, lassen aber Romawes aus, so daß die Romaweser eine spottflehliche Verbindung mit Berlin haben. Nach Habelberg und Potsdam fahren also die Leute, Romawes sieht man sich nur von der Bahn an und bekommt von dort eigentlich gar keinen Eindruck von dem Ort, wie das oft so ist. Man muß sich also einmal näher mit ihm befassen.

Das alte Neudorf.

Dieser Ort, der mit seinen 28 000 Einwohnern jetzt endlich nach langen harten Kämpfen Stadt geworden ist, ohne die Absicht zu haben, aus dem Teltower Kreisverband auszuscheiden, hat nicht nur eine interessante Vergangenheit, sondern auch bereits die Geschichtsschreiber dieser Vergangenheit. Aus diesen Quellen entnimmt man mit Interesse, daß das alte Neudorf durch seine Nachbarschaft zu Potsdam stets auch in engster Beziehung zu seinem „angestammten hohenzollernschen Herrscherhaus“ gestanden hat. Die ewig geldbedürftigen hohenzollernschen Kurfürsten haben ihre getreuen Neudorfer in ihrer Art geliebt und geschätzt. Besonders der Kurfürst Friedrich II. hat das Dörfchen mehreremal — verpfändet und sogar wieder verpfänden lassen. Dieser Pfänder hat sogar Schloß und Stadt Potsdam mit dem Krieg verpfändet. Aus dem Wortlaut der Urkunden ist zu entnehmen, daß die Kurfürsten es immer als Beweis besonderer Gnade ansehen, wenn sie von ihren getreuen Adligen oder Bürgern Beihilge annahmen. Dieses alte auf diese Art zwischen dem Landesherren und seinen Gläubigern hin und hergeschobene Dörfchen Neudorf ist auch heute noch siedlungsgeschichtlich sehr interessant. Es liegt von Berlin aus links der Bahn und gruppiert sich um die Bellefleurstraße, deren Turm von der Bahn aus sichtbar ist. In prächtiger Klarheit der Dorfplage präsentiert sich uns heute noch ein richtiges altes Ruindorf, dessen Häuser allerdings teilweise ihren

auch nur Neudorf heißt, so hießen beide Dörfer eigentlich so. Romawes wurde 1750 von dem großen preussischen Diktator Friedrich II. einfach gegründet und mit protestantischen tschechischen Weibern besiedelt. In der sogenannten alten Kirche, die heute noch



Am Friedrichkirchplatz

sieht, wurde lange Zeit tatsächlich auch tschechisch gepredigt. Und dieser preussische König, den heute die acht Deutschpöhlischen für sich mit Beschlag belegen, fand durchaus nichts dabei, daß dieses dicht bei seiner Residenz gelegene Dorf den tschechischen Namen Romawes und ein Kirchensiegel mit dem preussischen Adler und der tschechischen Unterschrift: pod twou ochranou... cyrkwe w Nowawey erhielt, d. h. „unter deinem (des Adlers) Schutz“ „Kirche von Romawes“. Dieses Romawes liegt von Berlin rechts der Bahn.

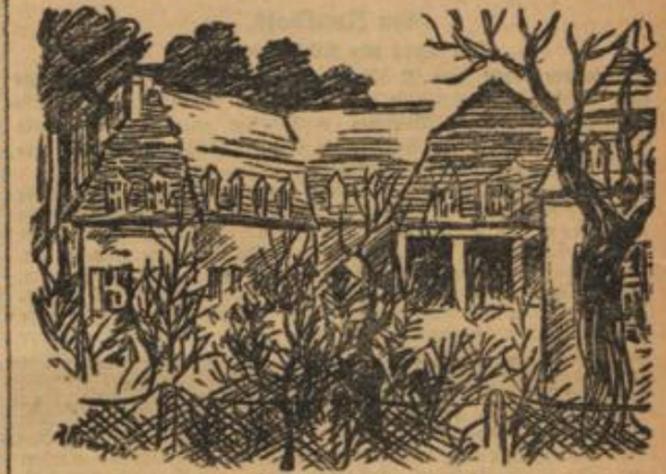
Keine Mietskasernen.

Es gibt in ganz Groß-Berlin kaum etwas Lieberrauschenderes als dieses Romawes: Eine ein Dutzend sehr breit angelegte Straßen, mit prächtigen Bäumen bepflanzt, oft in vierfacher Reihe, dazu gut gepflastert. Hinter den Bäumen die Häuser, richtige Häuschen, Hunderte von Häuschen. Ganze Straßenzellen haben ihren alten Charakter noch vollkommen bewahrt, wenn auch an viele Stellen die neue Zeit nicht gerade geschmackvoll sich dazwischen gedrängt hat. Es sind die alten Webershäuser, die heute noch stehen wie einst, alles Zweifamilienhäuser. Die darin wohnen, sind keine Mieter, sondern grundbuchlich eingetragene Besitzer. Nur unter dem Druck der Wohnungsnot sind auch Bodenzimmer vermietet worden. Unter der Einwirkung dieses Bohnensystems hat sich bis heute ein eigentliches Mietskasernenwesen hier nicht entfalten können. Etwas so Anheimelndes, Beruhigendes wie hier an einem schönen Sommerabend straßauf, straßab flanierten gibt es um ganz Berlin nicht wieder. Die Leute stehen und sitzen vor den Häusern. Ein einzigartiges städtebauliches Bild ist der dreieckige weiträumige Friedrichs-Kirchplatz, das „Forum“ des Ortes im wahrsten Sinn. Hier sind während der staatlichen Umwälzung die großen Versammlungen nonstatten gegangen. Friedlich liegt der Platz da. Traulicher noch als an den Straßen wirken hier die Häuser. Mitten drin die alte hübsche Kirche. Folgt man von hier aus der Priesterstraße, so gelangt man in mäßigem Steigen auf die Höhe des Babelsberger Parks. Hier ist eine der schönsten Ausichten des Berliner Westens. Der ganze Ort, keineswegs verunziert durch viele Schornsteine, liegt im Grund. Darüber hinaus das schöne Ruitetal, der Brauhäuserberg und die Ravensberge. Man weiß gern hier oben und trennt sich schwer. In Romawes sieht durchaus romantisch aus, aber die Menschen sind Menschen unserer Zeit, in der großen Mehrzahl

Industriearbeiter, die genau wissen, was los ist, das zeigt sich auch bei den Wahlen. Die Gemeindevahlen brachten 1919 eine sozialistische Mehrheit. Im Mai 1924 hatten die Sozialdemokraten nur noch 3600 Stimmen, bei der letzten Reichstagswahl jedoch schon wieder 5470. Da in der gleichen Zeit die deutschnationalen Stimmen von 4300 auf 3700 und die völkischen gar von 1300 auf 300 zurückgegangen sind, so kann man sich an den Fingern abzählen, wie die erste Stadtverordnetenwahl, die am 22. Februar d. J. noch dazu unter der glorreich am politischen Horizont aufgetragenen nationalen Reichs- und Staatsregierung ausgerufen wird. Das ist ein besonderes Kapitel. So angenehm es die Einwohner auch empfinden mögen, daß sie nicht in Mietskasernen wohnen brauchen, zu romantischen Geschichten haben sie wenig Zeit. Entblöden sich doch die Romaweser Industrieleute, ihren verheirateten Arbeitern heute im Jahre 1925 Wochenlöhne von 18 bis 19 Mark zu zahlen.

Die Weberstadt.

Was Romawes heute ist und bedeutet, wurde es natürlich durch seine Industrie. Die Weber haben seit Friedrichs II. Zeiten hier wie überall und zu allen Zeiten ein erbarmungswürdiges Hungerdasein geführt. Erst das Erscheinen der modernen politischen Arbeiterbewegung hat auch hier bewirkt, daß sie sich nicht der Verzweiflung hingaben und untergingen, sondern ihr und ihrer Familien Schicksal selbst kräftig in die Hand nahmen. In diesem Stadium haben die Textil- wie die Metallarbeiter ihr eigenes Gewerkschaftssekretariat. Und die kraftvoll sich ausdehnende Konsumgenossenschaft Potsdam und Umgebung hat in Romawes nicht weniger als sechs Zellen, und dann links der Bahn ihr Zentrallager und die Zentralbäckerei. Die kulturelle Selbsthilfe der Arbeiterschaft zeigt sich in dem Bestreben der Ortskrankenkasse, sich demnächst ein eigenes Verwaltungsgebäude mit eigener Zahnklinik und Bad und hoffentlich auch einem Luftbad anzuschließen. Ein Weberdorf war Romawes, eine Textilstadt ist es heute. Die von Geschlecht zu Geschlecht vererbten Fertigkeiten wurden von dem Handweber auf die Fabrik übergeben. Die bekannteste Fabrik ist die Tuch- und Trikotagenweberei von Adolf Pilsch mit etwa 800 Arbeitern. Die Belegschaft besteht nur zu 10 Proz. aus Männern, alles andere sind Frauen und Mädchen. Dann gibt es



Das Altersheim

dort die Norddeutsche Wollkammerei und Kammgarnspinnerei mit etwa 600 Arbeitern. Ferner eine Aut-, eine Reg-, eine Plan- und Zeltfabrik und eine Leppidwäberei. Die Zehndorfer Spinnstofffabrik hat hier ihre Spinnerei. Bekannt und sogar berühmt wurde vor etwa 1 1/2 Jahrzehnt die „ästhetische Fabrik“, die Seidenweberei der Berliner Firma Richards, deren Fabrikbau Peter Behrens ausführte und damit den Beweis erbrachte, daß auch ein Fabrikgebäude außen und innen schön sein



Alte Weberhäuser in Nowawes

alten anheimelnden Charakter eingebüßt haben. Von dem Standpunkt des Heimatsdunkens aus bedeutet die sogenannte „alte Kirche“, aus dem Jahre 1850, ein entsetzlich lachziger und stülperer Bau, und auch die neuere Sechshundertkirche keine Verschönerung des alten Dorfbildes, eher das Gegenteil. Merkwürdig genug, daß in unmittelbarer Nähe dieses alten Dorfes Friedrich II. ein neues Dorf anlegen ließ und dieses neue Neudorf zum Unterschied von dem alten „Romawes“ taufte. Da dieses tschechische Wort aber auf deutsch

Der Apfel der Elisabeth Hoff.

Von Wilhelm Hegeler.

Seit dieser Zeit hatten die Schwestern sich immer nur kurz gesehen, da Margret durch ihre Stellung als Auslands-korrespondentin bei einem größeren Unternehmen gebunden war, eine Stellung übrigens, die ihr Vergnügen machte und für die sie sich vorzüglich eignete. Gerade dieser letzte Besuch war nach einer mehrjährigen Trennung erfolgt, und jetzt in der Stunde vor dem Abschied drängte sich Margret wieder dieselbe Empfindung auf, die sie schon gleich nach dem ersten Wiedersehen gehabt, daß in ihrer Schwester eine große, schmerzliche Veränderung vorgegangen sei. Ihre Erinnerung hatte Elisabeth immer als eine festliche Erscheinung gesehen, strahlend und umkränzt. Die Erscheinung selbst war noch dieselbe, nur das Strahlende war nicht mehr da. Sie, die einstmals jeder Gesellschaft, in der sie erschien, Belebung, Entzücken und Mittelpunkt gewesen war, hatte sich selbst fast ausgelöscht, ging ganz auf in der Sorge für Mann und Kinder. Zu ungleich waren bei den beiden die Schalen belastet: zu schwer die ihre, zu leicht die seine. So also sah in Wirklichkeit eine Ehe aus, die aller Welt als eine besonders glückliche galt.

Immer wieder schüttelte Margret den Kopf, und ihre Zähne nagten an der Unterlippe, als ob sie da etwas zwirbelte und gänzlich zerpfückte.

Sie war zu klug, hatte zu viel Lebenserfahrung gesammelt, um romantischen Jungmädchenschwärmereien nachzuhängen. Aber Liebesverlangen und Sehnsucht nach dem Mann gab es auch in ihrem Herzen. Um diesem Wunsch bald Gestalt und sichtbare Züge zu geben, dazu war ihre Phantasie zu sehr gefesselt, und was das Leben dazu hatte geben können, waren nur negative Züge. Der Mann, in den sie sich verlieben würde, mußte anders sein, als alle Männer, die sie bisher gekannt. Er mußte arm oder reich, häßlich oder schön, alt oder jung sein, nur langweilig durfte er nicht sein. Dies Nichtlangweilig aber umschloß alles, was an farbiger Lebenslehre, an Lust sich zu geben, sich anzuschmiegen, emporkutscheln und auch an entgegengesetzten Regungen, zu leiden, zu sorgen und ein Halt zu sein, umschloß alles, was an ungewohnter Sehnsüchtigkeit und schmerzlicher Unersättlichkeit in dem Herzen dieses klugen und früh auf Selbstständigkeit gestellten Mädchens lebte.

Unten schellte es. Na, Gott sei Dank, dachte Margret, da hatte der Herr Kofferträger, wenn auch mit reichlicher Verzögerung, sich doch noch herbeimüht.

Nachdem sie ihm die nötigen Anweisungen gegeben, ging sie noch einmal hinauf, suchte ihre Sachen zusammen und wollte nun, da sie im Hause nichts mehr zu tun hatte, zum Bahnhof schlendern, als es wieder schellte und das Mädchen atemlos hereinlief: ein Herr wäre da. Ein Herr im Auto! Aus Amerika!

„Der soll nur schnell machen, daß er dahin wieder zurückkommt!“ erwiderte Margret und ging die Treppe hinunter, um den Besucher, der es eigentlich auf ihren Schwager abgesehen hatte und der nun dummerweise sie noch im letzten Augenblick überfiel, zwischen Tür und Angel abzufertigen. Aber das Mädchen hatte ihn schon ins Wohnzimmer geführt, wo er gerade vor dem Spiegel stand und sein Neuhäres musterte, das ihm irgendwie zu mißfallen schien, nach seiner unruhigen und unwohligen Miene zu schließen. Sobald sich die Tür öffnete, drehte er sich rasch um.

Der Fremde hatte, wie Margret auf den ersten Blick feststellte, eigentlich nicht das Aussehen eines typischen Amerikaners und wirkte trotz dem unadeligen Zusammenklang von Anzug, Wäsche und Schuhwerk — nur die zu große Perle in der Krawatte fand Margrets Rüge — eigentlich wenig elegant. Es gibt Köpfe von so charakteristischer Regellostigkeit, daß sie jedem Versuch einer Anpassung an das konventionell Elegante widerstreben, daß im Gegenteil ein gepflegtes Neuhäres nur die Folie ist, die ihre Seltsamkeit hebt. Die leicht wulstigen Lippen, das schwarze, vorn schon gelichtete Haar, dazu die knabenhafte Hirschkäse- und Gelacktheit seiner kaum mittelgroßen Gestalt gaben ihm etwas Südländisches, aber die breite, dicke, gutmütige Nase war offenbar in der deutschen Tiefenzone gewachsen. Seine Stirn war stark gewölbt und, wie von innen aufgewölbt, in viele Längs- und zwei tiefe Querspalten zerschnitten. Dieser leidenschaftlich unruhigen Stirn gegenüber war das Kinn energisch aufgespißt. Wenn diese Züge mehr widersprechend als gerade anisprechend sein mochten, die dunkelbraunen Augen, die selbst, wenn sie lebhaft blühten, ihren weichen, tiefen Glanz nicht verloren, mußten auch den oberflächlichen Beschauer für sich einnehmen. Und doch waren es gerade diese Augen, gegen die Margret sich gleich in der ersten Sekunde hinter hochmütiger Kälte verlor.

Das ängstliche Mißtrauen, mit dem der Beschauer sich eben noch im Spiegel gemustert hatte, wich im Augenblick, wo Margret eintrat, einer nicht ganz natürlichen Sicherheit. Mit einem Schwung drehte er sich um, verneigte sich kurz und richtete dann seine Augen auf Margret, mit einem Blick, daß diese dachte: der Mensch sieht mich ja an, als sollte ich ihm um den Hals fallen.

„Herr Professor bedauert sehr, Sie nicht empfangen zu können. Er mußte in die Stadt fahren,“ sagte sie, in der Nähe der Türe stehen bleibend, als wenn sie ihm den Weg dorthin freigeben wollte. Der Besucher verneigte sich wieder kurz und antwortete ironisch: „Das ist ja äußerst bedauerlich.“

Darauf sah er Margret wieder an, aber im Maß wie sein Blick unruhiger wurde, verdunkelte sich auch das Braun seiner Augen. Er ließ sie wie unter einem innerlichen Zwang von neuem zum Spiegel gleiten, musterte sich mit einem nicht ganz kurzen Blick und runzelte noch tiefer die Stirn.

Darauf nahm er unaufgefordert Platz, worauf auch Margret nach einem kleinen Jögern sich lächelnd setzte.

„Er würde Sie bitten, in sein Laboratorium zu kommen. Aber das ist schlechterdings unmöglich, da er momentan mit Pestbazillen arbeitet und der Besuch lebensgefährlich ist.“

„Pestbazillen! Eine angenehme Beschäftigung. Wacht er das öfter?“

„Täglich. Das heißt, er wechselt ab zwischen Typhus, Cholera, Tuberkel- und ähnlichen Bazillen. Welche nun gerade seine besondere Passion sind.“

Wie von irgendeinem Gedanken gequält, trommelte der Besucher mit seiner Rechten auf die Stuhllehne und blickte dabei von Zeit zu Zeit Margret an, aber jetzt nur kurz, verstohlen und die Augen beobachtend zukneifend.

„Ja, es tut mir leid, daß der Zweck Ihres Besuches sich nicht erfüllen läßt.“

„Was wissen Sie von dem Zweck meines Besuches? Meinen Sie, ich wäre nur eines Zweckes wegen aus Amerika herübergekommen? Ich verfolge eine Menge Zwecke. Eine ganze Notizbuchseite voll.“

„Das kann ich mir denken. Wenn man sich mal aufmacht, erledigt man gern eine Menge Geschäfte auf einmal. Ich mache das auch so, wenn ich in die Stadt fahre.“

Ohne die letzten Worte zu beachten, schien der merkwürdige Besucher weiter unerschütterlich mit irgend etwas zu kämpfen und betrachtete bald seine Fingernägel, bald einen Gegenstand der Einrichtung, jedenfalls machte er nicht die geringsten Anstalten zu gehen.

„Verzeihen Sie, aber ich bin etwas in Eile. Ich will gleich verreisen.“

„Sie verreisen! Wohin?“ Margret nannte ihr Ziel.

„Wir fahren zusammen! Dorthin will ich auch — zu meinen Eltern.“

„Sie haben dort Ihre Eltern wohnen?“ „Unter der Erde. Im Grab.“

(Fortsetzung folgt.)

Wanne und müsse. Einen klüchtigen Blick auf diese Fabrik, links der Bahn gelegen, kann jeder von Berlin Kommende erhalten. Sodann gibt es eine Schuhfabrik modernster Anlage. Die wichtigste und größte Fabrikanlage aber ist der Automatenbau von Dresden und Koppel, dicht am Bahnhof Drewitz gelegen, der übrigens auch wie Bahnhof Babelsberg, auf Romansee Gebiet liegt. Dresden und Koppel beschäftigen heute nur 1000 Arbeiter. Ihre Fabrikanlagen, unter denen sich zwei tiefsitzige massive Hallen befinden, sind in der Inflationszeit erbaut, bis heute noch niemals benutzt worden. Schließlich befindet sich hinter dem Bahnhof Babelsberg das gewaltige Gebäude der Filmfirma Delta Bioskop. Hier wurde der Ribelungenfilm und andere Großfilme gedreht. Heute sieht es da draußen ein wenig unbefriedigt aus. Weht man beschaulichen Schritten durch die Straßen des alten Dorfes, so sieht man in nicht wenig alten Häusern durch die Scheiben noch den alten ehrlichen Handwerksstuhl stehen, von dem es wohl noch über 160 Stück gibt. Die große Arbeitslosigkeit hat manchen Weber dazu getrieben, das alte Gerät wieder in Gang zu setzen und ein paar Kopfpennige für Brot, Hering und Margarine zu erwerben.

Die Erledigung so mancher städtisch-kommunaler Aufgabe steht der neuen Stadt noch bevor, und sie wird dieselben Schwierigkeiten zu überwinden haben, die die politisch-wirtschaftliche Reaktion in ganz Deutschland allem gesunden Vorwärtstreben fallblütig entgegensteht. Ein Beweis, wie man es schon getrieben: Die Gemeinde hatte ein eigenes blühendes Schuhwarengeschäft, das die in bitterer Not lebende Bevölkerung mit billigen guten Schuhwerk versorgte. Die Deutschnationalen haben dafür gesorgt, daß dieses kommunale Geschäft ausgegeben wurde. Am Park von Babelsberg waren die Frauen mit ihren Kindern bisher zu Gast. Jetzt will man die Mütter mit ihren Kinderwagen aus dem Park verjagen. Die Bahnverbindung mit Berlin ist, wie schon erwähnt, sehr schlecht und wird anscheinend für die Proletarierstadt auch nicht verbessert. Zwischen Bahn und Chaussee erstreckt sich ein zum Gutsbezirk Potsdam-Forst gehöriges Stück Wald. Alle Gutsbezirke werden jetzt aufgelöst. Romansee will das Stück Wald erwerben. Unterirdische, aber sehr wohl bekannte Kräfte sträuben sich dagegen und legen Wägen. Trotz dieser und anderer Schwierigkeiten ist bereits mancherlei getan worden. Die Dorfgemeinde hatte zwei eigene Wohnhäuser mit je 50 Ein-, Zwei- und Dreizimmer-Wohnungen, die letzteren mit eigenem, die ersten mit Gemeinschaftsbad erbaut, um die Wohnungsnot zu lindern. Andere Pläne in dieser Richtung bestehen. Unsere Genossen stehen gerüstet und erwarten am 22. Februar, dem Tag der Stadtverordnetenwahl, einen großen Sieg.

Ein Kaufbold.

Der Kopf als Schlagwerkzeug.

In der Nacht zum 22. November war der erst zwanzigjährige Schuhmacher Spargels in eine Schlägerei verwickelt, an der ein Dutzend gleichaltriger Burschen mitbeteiligt waren. Eine starke Polizeistreife schritt zur Feststellung des ihr längst als Komodje bekannten Sp., dem auch ein Totschläger abgenommen wurde.

Kaum hatten sich die Beamten entfernt, als Sp. sich andere Opfer für seine Kauflust aussuchte. An der nächsten Ecke standen ein Zahnarzt Dr. K. und ein Eisenbahnbeamter H. Sp. lief über die Straße und rempelte die beiden Männer ohne weiteres an. Der Zahnarzt wurde zu Boden geworfen und getreten. Als sein Begleiter nach der Polizei rief, wurde er mit einem Schlaginstrument von dem Angeklagten über die Schulter gezogen, so daß er blutige Wunden davontrug. Bei dieser Gelegenheit war einem der beiden Herren die Brieftasche abhanden gekommen, und infolgedessen hatte sich Sp. wegen Straßentrautes und gefährlicher Körperverletzung vor dem Strafrichter zu verantworten. Er bestritt, diese Straftat verübt zu haben und will bei seinem Wiederhol auch kein Schlagwerkzeug benutzt haben, indem er sich darauf berief, daß ihm ja sein Totschläger kurz vorher von der Polizei abgenommen worden war. Der Eisenbahnbeamte befand sich jedoch mit Bestimmtheit, daß er mit einem harten Gegenstand mißhandelt worden sei. Der Angeklagte behauptete, daß er nur seinen Kopf als Schlagwerkzeug benutzt und mit seiner „eisernen Stirn“ dem Jungen gegen das Kniebein gefahren hätte. Den Mund wollte er unter keinen Umständen verübt haben, und er berief sich darauf, daß ein Bekannter von ihm, der Arbeiter Häbde, der sich in Straßhaft befindet, im Besitz der Brieftasche gewesen sei. Das Gericht mußte daher die Verhandlung unterbrechen und diesen Mann aus dem Gefängnis vorführen lassen. Zunächst wollte Häbde von dem Vorfall überhaupt nichts wissen, mußte aber, nachdem Zeugen aufgetreten waren, dessen er während der Verurteilung auf dem Flur erzählt hatte, daß er an jenem Abend den Vorfall mit angesehen hätte, zugeben, daß er die Brieftasche in der Nähe des Latörtes „gefunden“ hätte. Sie soll aber leer gewesen sein. Der Staatsanwalt hielt es für sehr naheliegend, daß Häbde gemeinschaftlich mit Spargels an dem Raub mitbeteiligt war. Es ließ sich jedoch kein vollgültiger Beweis dafür, daß bei der Schlägerei dem Zeugen die Brieftasche geraubt worden sei, erbringen. Unter Freisprechung von dieser Angeklagte wurde Spargels wegen gefährlicher Körperverletzung in zwei Fällen zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Bei Verurteilung des Urteils erging sich der Angeklagte in die fünf Beschlagnahmen des Gerichtshofes. Amisgerichtspräsident Liebig sprach verhängte deswegen über ihn noch eine weitere Ordnungsstrafe in Form von zwei Tagen Kollatzziehung im Gefängnis.

Konkurs über die E.-v.-Stein-Bank.

Gestern ist über das Vermögen der Bank E. v. Stein das Konkursverfahren eröffnet worden. Zum Konkursverwalter ist der Richterrevisor Schüller gestellt worden. Das Konkursverfahren ist insofern für den Fortgang der Strafsache des Autistler-Konzerns von Bedeutung, als die Forderungen der Verbandsbank aus den Kreditgeschäften mit Autistler genau nachgeprüft werden. Bei einer der letzten Hausdurchsuchungen in den Wohnungen der verhafteten Beschuldigten in der Autistler-Straße haben sich Schriftstücke vorgefunden, aus denen sich die Verteilung von Beamten der Verbandsbank einwandfrei ergeben soll. Es handelt sich um Transporte von ganzen Kistenladungen von Spirituosen und Zigaretten.

Stille Stätten des Vergnügens.

Es gibt in Berlin wirklich mehr Menschenwüde, als man glaubt, und die Zahl derer, die in selbstloser Weise danach trachten, dem Nächsten eine Freude und ein Vergnügen zu bereiten, ist groß. Da viele dieser Menschenfreunde nicht wissen, wie und wo sie überall der lieben Nächsten in menschenfreundlicher Weise gedanken lassen, wählen sie für die Befriedigung ihrer Wohlthätigkeit jene stillen Stätten, die der Mensch immer nur allein und niemals in Begleitung anderer auffucht. Und sie denken sich gewiß dabei: auch hier muß der Mensch ein Vergnügen haben, das gleichzeitig die Geschäfte, die hier abgewickelt werden, fördert. Darum bemerken sie die Wände der Bedürfnisanstalten, und manchmal steht ein Klotz eine ganze Musterkarte von menschlicher — Borniertheit vor. So findet man z. B. wie uns mitgeteilt wird, an der Wand eines Aborts im Landgericht I in der Grunerstraße folgende Büchsenlese höchst vergnüglicher Aussprüche und stimmungsooller Sentenzen. Da hat einst einer die Behauptung, gegen die sich nichts machen läßt, an die Wand geschmiedet: „Siegreich wollen wir Frankreich schlagen!“ Die Debatte ist mit diesem schönen Bekenntnis männlichen Muts eröffnet, und nun geht es los in lieblicher Folge der verschiedensten Meinungen. „Ja, wir wollen sie schlagen“, befähigt ein anderer, während der dritte leipisch ist und fragt: „Mit dem Besenstiel!“ und noch ein anderer kurz und bündig: „Dumme-Jungenpolitik!“ darunter geschrieben hat. Dann wird die Debatte

immer heftiger und heißer, die Ansichten überstürzen sich nur so, und der stauende Bürger ruft: „Du Feiger.“ — „Bist wohl wahnsinnig!“ — „Schwarzrotgoldener Sommerlappen.“ — „Bravo!“ — „Hoch lebe der Bismarckbund.“ (Diese Sentenzen schon mit Hakenkreuzen geziert). — „Du Dohle weißt ja noch nicht einmal wie Bismarck sich schreibt.“ — „Hoch lebe Liebfredt.“ — Wer bei allen, auch den bringendsten Gefächeln sich zu belehren bestrift ist, oder wer fürchtet, daß die Gefächeln nicht gut genug abwideln, dem sei der Besuch dieser stillen Stätten in der Grunerstraße empfohlen. Andererseits darf man aber auch die Gefahr, die im Besuch dieses Orts liegt, nicht unterschätzen. Es könnte doch vorkommen, daß jemand aus Schere über derartige menschliche Verirrungen, nun sogar wir mal, Vermählungen im Gefächeltgang erbeidet, die ihm schmerzhaft sind und schweren Schaden bereiten.

Bezirksbildungsanschuß Groß-Berlin

3. Festkonzert

am Sonntag, den 25. Januar 1925, nachm. 3 1/2 Uhr, im großen Saal der Philharmonie, Bernburger Straße

Stimmen der Völker in Liedern

Musikalische Leitung: Professor Tzitel

Mitwirkende: Raja Hjort-See (Sopran), der Madrigalchor der Staatlichen Akademie für Kirchen- und Schulmusik; am Flügel: Dr. Alexander Kochiger
Eintrittspreis 10 M.

Karten sind zu haben im Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstraße 2, in der Bernburgerstraße 4. Abgabezeitpunkt: Donnerstag 24. 25. in den Geschäftsstellen und bei den Obmannen der Kreis- und Viertelbildungsausschüsse

Besuch in den Kassenambulatorien.

Vor kurzem besuchten 40 Mitglieder unserer Reichsleitung das Ambulatorium Belle-Alliance-Straße. Sie wurden vom Genossen Ebel, dem Geschäftsführer der Kassenambulatorien, begrüßt, der ausführte, unter sehr schwierigen Umständen die Ambulatorien vom Berliner Kassenverband geschaffen wurden. Dr. Königsberger, der Chefarzt der Ambulatorien, übernahm dann mit dem Genossen Dr. Rufes die Führung und erklärte die ärztliche Einrichtung. Er machte auf den Unterschied aufmerksam zwischen den hellen, luftigen und geräumigen Wartezimmern und Behandlungsräumen der Ambulatorien und den dunklen, schmuggen, an Geräuschkulissen erinnernden Hinterzimmern vieler Berliner Kassenärzte, die sehr häufig nicht einmal den einfachsten hygienischen Forderungen genügen. Daß die ärztliche Einrichtung den neuesten Fortschritten der Technik gerecht wird, geben sehr nachdrücklich auch die „privilegierten Hüter der Volksgesundheit“, die standestreuen Ärzte zu. Von dem großen Anhang, den die Ambulatorien finden, können die Abgeordneten durch Gespräche mit den Patienten überzeugen. Die Abgeordneten äußerten sich sehr beifällig über das bisher Geschaffene und gaben der bestimmten Hoffnung Ausdruck, daß dieser erste Anfang zur planmäßigen Sanierung der Volksgesundheit baldmöglichst weiter ausgebaut werde im Interesse der Versicherten und deren Angehörigen.

Der sozialdemokratische Hausverwalter.

Aus der Verteilungspraxis der „Roten Fahne“.

In Nr. 12 der „Roten Fahne“ vom 15. Januar war unter der Ueberschrift „Ein sozialdemokratischer Hausverwalter“ folgendes zu lesen:

„Ein Leser unserer Zeitung, der bisher trotz schlechter penunziärer Lage stets prompt die Rente bezahlte, bleibt im Dezember zum erstenmal die Rente schuldig. Sein Hausverwalter, Mitglied der SPD, und im Ehrenamt Armenpfleger der Stadt Berlin, richtet an ihn prompt folgendes Schreiben:

„Nachdem Sie Ihre wiederholten Versicherungen, den Mietrest alsbald zu bezahlen, nicht eingehalten haben, inzwischen auch die Januarrente fällig und noch nicht bezahlten ist, muß ich Ihnen mitteilen, daß ich gemäß Anweisung des Besitzers nunmehr rüchlichts gegen Sie vorgehen muß. Ich bitte Sie ausdrücklich, mich mit Gloriaten aus der „Roten Fahne“ verschonen zu wollen und können Sie sich auch die üblichen politischen Betrachtungen mir gegenüber sparen. Falls ich bis zum 10. d. M. nicht im Besitze der fälligen Rente bin, haben Sie sich die weiteren gerichtlichen Schritte gegen Sie selbst zuzuschreiben.“

Das obige Kommuniqué drückt bekanntlich bündig ohne jede Prüfung alle Zustände nach, die sich gegen die verhasste SPD, oder einzelne Mitglieder dieser Partei richten. In diesem Falle ist die Infamie der Moskauer Sozialschreiber um so größer, als sie keinen Namen nennen. Das ist natürlich nur aus „Anständigkeit“ gesehen. Sie wollten den angegriffenen Verwalter wahrscheinlich schon haben. Sicherlich aber ist die wahre Absicht dieser beruflichen Grahnschreiber, durch derartige Notizen den Einbruch zu erwecken, als seien alle Sozialdemokraten und insbesondere sozialdemokratische Hausverwalter heimlich. Sie rechnen auch damit, daß eine solche Notiz auf ihren Inhalt nicht nachgeprüft werden könne und freuen sich düber, wenn solche Leser auf diesen Leim gehen. So, es liegt System in dieser „vornehmen“ Berichterstattung.

Nun aber hat sich der angegriffene Genosse selbst gemeldet. Sowohl der „Roten Fahne“ als auch dem „Vorwärts“ hat er ein Schreiben zugehen lassen, dessen hauptsächlichsten Inhalt wir unseren Lesern um so weniger vorenthalten wollen, als es zu der Praxis der „Roten Fahne“ gehört, derartige Richtigstellungen nicht zu beachten.

In der Zukrift heißt es: In Ihrer Nr. 12 vom 15. Januar d. J. veröffentlichte Sie mit der Ueberschrift: „Ein sozialdemokratischer Hausverwalter“ eine wortgetreue Abschrift meines Schreibens vom 5. Januar 1925 an den Richter Billy Herz, Federhellener Str. 82. Warum nennen Sie nicht meinen Namen, damit mir dadurch die Möglichkeit gegeben wird, eine Richtigstellung der in der Einleitung zu Ihrem Artikel angeführten, aber unrichtigen, Behauptung, daß R. stets prompt seine Rente gezahlt hat, zu erreichen und daß R. sich in schlechter penunziärer Lage befindet? ... Zur Sache Herz erkläre ich mich Ihnen gegenüber bereit, durch Vorlage der Originalschreiben des Herrn R. zu beweisen, daß er dauernd mit 1 bis 3 Monaten mit der Rente im Rückstande war und ist. Er hat also nicht stets „prompt“ seine Rente bezahlt. So vorbehaltlos sollten Sie ein Eingekommen auch eines SPD-Mitgliedes nicht abdrucken: Herr R. arbeitet seit Jahren überhaupt nicht mehr und läßt sich lieber von seiner fleißigen Frau ernähren. Dafür prägelt er sie, so daß sie des öfteren hilfslos an das Fenster klirrt, oder bei Rothborn Schnupf sucht und im Nachigewand auf die Treppe eilt, um den Rechten des Mannes zu entgehen. Als Frau Herz im September zur Silberhochzeit ihrer Eltern fahren wollte, habe ich ihr auf ihr Drängen einen Monat Rente sogar zurückgezahlt! Dultung hierüber will ich Ihnen vorlegen. ... Ich bin erst seit 18 Jahren eingetragenes Mitglied, samobit in Partei wie Gewerkschaft, bin nicht kirchlich getraut und aus der Bundesliste ausgeschieden, habe in jeder Beziehung, wie das so unser Ausdruck ist, keine Bände und kann mir daher sehr wohl erlauben, von einem Herrn Herz mir zu verbitten, daß er mir Ausschnitte aus der „Roten Fahne“ und sonstige politische Betrachtungen an Stelle der Rente immer wieder in Zahlung geben will. Derartlge Reminiszenzen nimmt keine behördliche Kasse und kein Hausverwalter in Raktuna. Ich stelle fest, daß in dem von mir verwalteten Hause seit Stabilisierung der Währung meht an Instandsetzungen der Wohnräume geleistet worden ist, wie viellecht in sämtlichen Grundstücken der Federhellener Straße wohnen. Der Eigentümer hat noch keinen Pfennig Heberhuh erhalten. ...

Wresmann und Genossen.

Warenkredit- und Referentenschwindel im großen.

Tausende von Geschäftsleuten im In- und Auslande sind durch eine Schwindelfirma, die im größten Stille arbeitet und dabei Hunderttausende von Goldmark erbeutete, geprellt worden. Wegen dieser Schwindelbeute, die bis in die Jahre 1922/23 zurückgehen, hatten sich sechs Angestellte, und zwar die Kaufleute Theodor Wresmann, Walter Kabe, Maximilian Otto Scholz, Bruno Haase, Schriemer und Adolf Gerhold vor dem Großen Schöffengericht Mitte zu verantworten. Der Angeklagte Haase sitzt und ist bisher nicht zu ermitteln gewesen.

Es ist Anklage erhoben wegen 127 Fällen des vollendeten und 21 Fällen des versuchten Betruges, bei denen die beteiligten Schwindelfirmen über 800 000 Goldmark erbeutet haben.

Der Hauptangeklagte, Theodor Wresmann, der jetzt 28 Jahre alt ist, hat schon als Minderjähriger selbständige Geschäfte gemacht, die aber alle sehr zweifelhaft waren. Schon im Jahre 1923 hat Wresmann zum erstenmal den Offenbarungseid leisten müssen. Im Jahre 1917 gründete er eine Zeitschrift „Das Offizierskafino, Zentralorgan für Heerebedarf“. Dieses Unternehmen verdrachte auch Gold und er gründete nun die „Mitteleuropäische Metallwareindustrie“, deren schwindelhafter Charakter schon daraus hervorging, daß er sie unter der Bezeichnung „Mitropa“ handelsgerichtlich eintragen ließ. Die bekannte Speise- und Schlafwagen-Gesellschaft „Mitropa“ schritt aber wegen Mißbrauchs ihres Namens ein und Wresmann mußte die Streichung des Namens vornehmen. Bald darauf wurde gegen dieses Unternehmen ein Konkursverfahren eingeleitet. Dann hatte Wresmann geheiratet. Nun gründete er auf den Namen seiner Frau eine Firma Luzia M. Wresmann in der Potsdamer Straße und gleichzeitig eine zweite Firma Christian Wresmann in der Wallstraße. Beide Firmen sollten den In- und Verkauf von Waren aller Art betreiben. Sie wurden in größter Aufmachung ins Leben gerufen, hatten mehrere Fernsprechanstalten, Telegrammadressen. Aus Inseraten und aus dem Branchenadrehbuch wurden die Bestellungen zusammengelocht und es wurden dabei wahllos alle möglichen Waren bestellt. Sogar nach dem Ausland knüpfte Wresmann Verbindungen an, die sich bis nach Brasilien und Venezuela erstreckten. Tausende von Firmen aus allen Branchen fielen auf den Schwindel herein. Es wurden zunächst Probeforderungen bestellt. Die Zahlung sollte nach Eingang der Waren erfolgen. Eine Bezahlung erfolgte jedoch nicht. Rohndriefe blieben ohne Antwort. Die große Aufmachung und der umhauende Ton der Bestellschreiben täuschte viele Firmen, die ohne weiteres lieferten. Andere jedoch verlangten zunächst Referenzen, und da hatte Wresmann eigens zu diesem Zweck gegründete Firmen an der Hand, die eine Auskunft erteilten. In erster Reihe waren es die Angeklagten Kabe und Scholz, die für jede Auskunft eine Sonderzahlung erhielten, und von denen die Referenzschreiben geliefert wurden. Nur in wenigen Fällen begnügten sich die Firmen auch damit nicht und wandten sich an Auskunftsmänner. Dann liefen natürlich die Auskünfte saununglos aus, daß man von der Geschäftsverbindung Abstand nahm. Wresmann ist im großen und ganzen gefläddig, so daß nur wenige Zeugen vernommen zu werden brauchen.

Kraftomnibuslinie 29.

Auf der Kraftomnibuslinie 29 Panow-Kraußlin, die vom 27. d. M. ab von der Allgemeinen Berliner Omnibus-Kraftomnibus-Gesellschaft mit fünf Wagen neuester Konstruktion (mit festlichem Einstieg und Querbediegen) betrieben wird, fährt der erste Wagen montags ab Panow um 6.50 morgens, der letzte um 12.10 nachts, der erste Wagen ab Kraußlin um 6.57, der letzte um 1.17 nachts. An Sonntagen sind die Fahrzeiten ab Panow 6.30 und 12.10, ab Kraußlin 7.87 und 1.47. Der Fahrpreis beträgt 20 Pf. für die ganze Fahrt, 15 Pf. für die Teilstrecke.

Die Sozialdemokratie in Opposition.

Die gutbesuchte Kreismitgliederversammlung des 4. Kreises Prenzlauer Berg in der Schulstraße, Poststraße, wo Genosse Stellung über „Der Rechtskurs in Deutschland“ sprach, war ein Zeichen für den Kampfsgeist, der die Parteigenossen befeuert. Der Referent ging in seinen Ausführungen auch auf die Haltung der Partei bei der letzten Regierungsbildung ein. Wenn wir Parteiopponenten wären, könnten wir getraut den Standpunkt einnehmen, daß es gut sei, die Bürgerlichen wieder einmal unter sich zu lassen. Aber wir fühlen uns dem ganzen Volke gegenüber verantwortlich. Eine Rechtsregierung ist innen wie außenpolitisch eine Gefahr für Deutschland. Sie läßt die sozialistischen und demokratischen Kräfte in England und Frankreich. Wir wollen uns auch durch die Nicht-räumung der Räter Jones nicht beirren lassen. Es ist bezeichnend, daß der Bürgermeister von Köln bei einem Empfang sagte: „Es ist das Unglück Deutschlands, daß wir in der letzten Zeit keine verhandlungsfähige Regierung hatten.“ Die Wahl vom 7. Dezember hat bewiesen, daß das Volk in seiner Mehrheit republikanisch ist. Wenn das Zentrum den festen Willen dazu gehabt hätte, wäre die Weimarer Koalition möglich gewesen. Wir Sozialdemokraten sind im Parlament dafür eingetreten, waren auch bereit, die Führung in einem solchen Kabinett zu übernehmen. Im Zentrum hat der rechte Flügel gefordert, der sich letztendlich in dem Ausdruck eines Pfarrers zu seiner Gemeinde: „Wer sozialdemokratisch wählt, kommt ins Höllenfeuer.“ Leider kann die Reaktion die Stimmen der Kommunisten für sich in Anspruch nehmen. Aber wir sind überzeugt, daß bei den Arbeitern, die jetzt kommunistisch gewählt haben, die Erkenntnis kommen wird, daß nur eine Partei die Interessen der Arbeiter vertritt, und das ist die Sozialdemokratie. Ein Beispiel dafür ist die 44. Abteilung, wo in der letzten Zeit täglich zwei Genossen und Genossen zu uns übertraten. Der Redner kennzeichnet schließlich das Kabinett Luther und schloß mit der Erklärung, daß die Sozialdemokratie zu dieser Regierung in der schärfsten Opposition stehen werde. In der Diskussion brachten die Genossen ihren Willen zum Ausdruck, und mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie schloß der Vorsitzende die eindrucksvolle Versammlung.

Für den Straßenhandel verbote Strafen. Wie das Polizeipräsidium mitteilt, ist vom 1. Februar d. J. ab bis auf weiteres aus Verkehrs- und sicherheitspolizeilichen Gründen jeglicher Straßenhandel in folgenden Spandauer Straßen verboten: Fiedlerstraße, Schönewaldter Straße, Konnenhamm-Allee, Öhmstraße, Gohnerstraße, Reibstraße zwischen Konnenhamm-Allee und Siemensstraße, Siemensstraße zwischen Konnenhamm-Allee und Reibstraße, Konnenhamm-Allee zwischen Siemensstraße und Reibstraße.

Die Juristische Sprechstunde fällt heute aus.

Rechtsbildungsanschuß Groß-Berlin. Heute, Sonnabend, beginnt in der Sophien-Schule, Weinmeisterstr. 16/17, der Kursus des Genossen Quälz über „Grundlagen und Kritik der Arbeiterbildung“.

Das Bodierfest in der Kraus Well hat begonnen. Abends 8 Uhr beginnt der Festabend. Die großen Kleinfeste, welche noch vor kurzem als Besammlungsform und Ausflugsveranstaltungen dienten, sind in „naturgetreue“ bayerische Wälder verwandelt worden. Wichtige Achten liegen im Saal und ragen bis zu den Semblen empor. Ein Keller Reg ist bis zum Gipfel der Dampfkessel. Um die bestimmte „Eimmung“ zu erzeugen, sind zwei bayerische Dampfkessel zur Stelle. Neu ist der Zugang der durch die bayerischen Kesselhöfen führt.

Eisenbahnunglück in Liebenbütgen. In der Nacht vom 21. zum 22. Januar entgleiste der Schnellzug Großwardein — Krafenburg — Oularen, wobei zehn Personen verwundet wurden.

Ein neues Kabel Kanada-Australien. Die englische Regierung hat beschloffen, eine neue Kabelverbindung zwischen Kanada — Australien und Neuseeland zu schaffen. Die Gesamtlänge des Kabels wird 12800 Seemeilen betragen. Die Legung soll in etwa 18 Monaten vollendet werden.

Die verhassten Kommunalbetriebe!

In der letzten Neuköllner Bezirksversammlung, der ersten nach Neujahr, wurde Genosse Heimann zum Vorsteher der Versammlung gewählt. Die Beratung und Beschlussfassung über den Voranschlag des Bezirkshaushalts gab dem „großen“ Kommunalpolitiker, Stadtorbitor Dr. Michaelis, Veranlassung, die wenigen Eigenbetriebe in Grund und Boden zu verdammen. Ein deutschnationaler hätte nicht anders reden können und tatsächlich erklärte der Redner der „Schwarzweißrotten“, Bangula, später: „Ich brauche diesen Ausführungen nichts hinzuzufügen“. Dr. Michaelis wandte sich zunächst gegen das Berliner Anschaffungsamt, das einzelne Artikel teurer verkaufe wie der kleinste Kaufmann. Auf den Fursch „welche Artikel?“, blieb er die Antwort schuldig. Seine Partei stehe einem bescheidenen Abbau des Anschaffungsamtes sympathisch gegenüber. (Was heißt denn eigentlich vernünftig, Herr Doktor?) Das Rittergut Brih habe die Stadt etwas sehr teuer erworben. Wer hat denn, als im Berliner Grundstücksanfschaffungsamt der Verkauf des Rittergutes verhandelt wurde, im „Berliner Tageblatt“ auf diesen Verkauf aufmerksam gemacht, Herr Dr. Michaelis? Sollte nicht die Privat speculation dadurch aufmerksam geworden sein? Das Bezirksamt Neukölln hatte, durch Erfahrungen gewarnt, den Verkauf geheim gehalten. Berlin hat 800 000 M. an die Bredowischen Erben verschenkt, weil der Magistrat erst die Zustimmung zum Verkauf verlangte, um hinterher von neuem Verhandlungen anzuknüpfen. Nun war natürlich die Privat speculation hinterher und der Besitzer stellte höhere Forderungen. Tatsächlich hatte Neukölln das Rittergut bereits für 4 800 000 M. in der Tasche, wenn die Zustimmung zum Verkauf schnell erfolgt wäre. Aber Dr. M. hat erst vor ungefähr 14 Tagen im „Berliner Tageblatt“ gerade das Gegenteil geschrieben. Er sagte dort: „Im großen ganzen ist der Verkauf des Rittergutes Brih immerhin noch ein gutes Geschäft.“ Nur um gegen die Kommunalbetriebe zu wettern stellt er in der Bezirksversammlung umgekehrte Behauptungen auf. Nach seiner Meinung müssen noch verschwinden: Die Neuköllner Druckerlei, Beintellerei, Sargmagazin und vor allen Dingen die Großhandels-gesellschaft. Mit der letzteren Gesellschaft beschäftigte sich ja schon ein Ausschuss in Berlin. Dr. M. sagte: Sowohl, die kommt weg! Sie ist eine ungehörige Konkurrenz der Kaufmannschaft. Am besten, wenn sie so schnell wie möglich von der Bildfläche verschwindet. Grundföhrlich stehen wir ja allen solchen Betrieben skeptisch gegenüber. Dabei erhalten sich diese Betriebe alle selbst und bringen der Stadt noch etwas ein. Schadet nichts, sie müssen weg. Ungehörige Konkurrenz, denn sie wirken preisregulierend. Unsere Genossen in der Stadtorbitorversammlung werden alles daransetzen, damit die Bäume dieser „Kommunalpolitiker“ nicht in den Himmel wachsen. Die Berliner Arbeiterschaft aber weiß, wo die „Freunde“ der Eigenbetriebe sitzen.

In einer Mitgliederversammlung der SPD. des Kreises Spandau wurde nach einem Vortrag des Landtagsabgeordneten Arius Richter einstimmig folgende Entschliessung angenommen: „Die allgemeine Mitgliederversammlung des Kreises Spandau begrüßt die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gegenüber der Bürgerblock-Regierung Luther-Schiele-Stresemann. Energetischste Opposition gegenüber diesem Konarshillen- und Ausbeuterkabinett ist das einzige Mittel zum Schutze der Republik und zur Wahrung der Interessen der arbeitenden Bevölkerung. Die Versammelten verpflichten sich, den Kampf der Reichstags- und der Landtagsfraktion durch eine unermüdete Aufklärungs- und Werbeaktion zu unterstützen, besonders durch stichhaltige agitation unter der weiblichen Wählerschaft und durch Stärkung der Parteipresse. Der Kampf gegen die Verdrängung der bürgerlich-kapitalistischen Presse innerhalb der Arbeiterschaft muß das Kernproblem unserer agitation werden.“

Wärmehallen in Berlin. Für die notleidende Bevölkerung Berlins sind nunmehr in allen Verwaltungsbezirken Wärmehallen und andere Wärmegelegenheiten geschaffen worden. Auskunft über die Lage usw. erteilen die Bezirkswohlfahrtsämter.

Mit erfüllen hiermit die traugige Pflicht von dem lieben unsterblichen Kollegen, Herrn **August Haase** Kenntnis zu geben. Mit ihm verliert man einen lieben, bewährten, stets pflichttreuen, hingebenden Mitarbeiter, der seit 30 Jahren als Delegierter des Ausschusses sowie als Vorstandsmitglied der Wägen Ortsrat in der Lichtenberg zum Wohle der Allgemeinheit gewirkt hat. Sein vornehmer Charakter, sein aufrichtiges Wesen, sichern ihm bei uns ein bleibendes Andenken. Der Vorstand der Wägen Ortsratentafel Berlin-Lichtenberg, 1109 2



KLEINE ANZEIGEN

In der Gesamt-Auflage des Vorwärts sind besonders billig und haben

große Wirkung!

Auch, auch, meine Füße

... so sagen Tausende und Abertausende, ohne zu wissen, wo die Ursache ihrer Schmerzen zu suchen ist. Die individuelle Zusammenarbeit von Arzt und Schuhmacher erfasst die Ursache des Leidens und sorgt für Abhilfe. Dr. Scholl's Heilmittel sind millionenfach bewährt, sie werden von medizinischen Autoritäten, Krankenkassen und Schulärzten als praktisch und wirksam verordnet und von einem stets wachsenden Heer alter dankbarer Patienten weiter empfohlen. Darum kommen Sie zu uns, wir helfen auch Ihnen nach

Dr. Scholl's Fuß-Pflege-System

Dasselbe hat für jedes Fussleiden wirksame Heilbehelfe, welche der besonderen Eigenheit und dem Leidenszustande eines jeden einzelnen Fußes individuell angepasst werden.

Kostenlos

bieten wir Ihnen in unseren sämtlichen Filialen:

1. Gewissenhafte fachmännische und ärztliche Fussuntersuchung.
2. Sechsgemäße und für jedermann unverbindliche Beratung.
3. Fussprüfungen nach Fussdruck.
4. Röntgendurchleuchtung (im Hauptgeschäft Jerusalemstrasse 22-23)
5. Broschüren „Die Pflege der Füße“.

Separierte Beratungsräume! Kein Kaufzwang!

Stiller

Hauptvertriebsstelle und Zentraldepot für Gross-Berlin

Billige Tage bei LINDEMANN

Damen-Mäntel

- zu Einheitspreisen
- SERIE I**
- Mäntel aus weichen Plüschstoffen 650
 - Reise-Mäntel 650
 - Jugendliche Mäntel m. Krimmerträgen u. Manschetten
- SERIE II**
- Jugendliche Mäntel aus schweren Plüschstoffen 1250
 - Frauen-Mäntel aus guten Stoffen in englischer Gestalt
- SERIE III**
- Frauen-Mäntel extra weich geformt, mit breiten Polströßen aus schweren Plüschstoffen mit farbiger Abstele 1950
 - Reisemäntel in englischer Gestalt
- SERIE IV**
- Jugendliche Mäntel aus Velour de laine 2750
 - Frauenmäntel Affenbart, in dunklen Farben
 - Ratine-Mäntel elegante Frauenformen

Kleiderstoffe

- Blusenstoffe hübsche Streifen 90
- Schotten doppelbreit verschiedene Stellungen 90
- Hauskleiderstoff dunkle Muster 175
- Reinw. Cheviots doppelbreit 185
- Rockstreifen 105 cm breit 185
- Foulardne moderne Kaschmire-Mit. 295
- Helvella-Seide hübsche Farben 295
- Reinw. Schotten a. Streifen bis 105 cm breit 295
- Ratine-Flausch für Morgen- u. Abendm. 295
- Kleider-Taffet in violetten Farben 480
- Gabardine 270 cm breit, reine Wolle 480
- Crepe Marocain in schönsten Mustern 480
- Ein großer Posten Froité hübsche Streifen doppelbreit 125

Strümpfe

- Posten I
- Damenstrümpfe m. verstr. Spitze 48
 - Herren-Socken grau und farbig 48
- Posten II
- Damenstrümpfe Kanaride 98
 - Damenstrümpfe Seidenfarb. m. Doppelschleife und Hochferse 98
 - Herren-Socken modern gestreift 98
- Posten IV
- Herren-Hemden mehrfarbig 245
 - Herren-Hemden m. Einsätze, hübsche Streifen 245
 - Dam.-Schlupfer mit angeschlossenem Futter 245
- Posten III
- Dam.-Hemdhos. weiß Trikot 145
 - Dam.-Hemdhos. stark gestrickt 145
 - Dam.-Untertail. 1/2 Arm, stark gestrickt 145

Bill. Kurzwaren

- Konfektionsgarn Rolle 20 Pf.
 - Obergarn 2000-m-Rolle 63 Pf.
 - Hefgarn 20-Gr-Rolle 18 Pf.
 - Gruschwitz Leinwand 4 Pf.
 - Wäscheköpfe sort. 4 Dtz. 25 Pf.
 - Baumwollband Stück 3 m 5 Pf.
 - Stahlstecknadeln 80 Gr. 23 Pf.
 - Stopfwat 6 Pf. Knäuel 6 Pf.
 - Strumpfgummiband m 18 Pf.
 - Wäschestickerel 2 1/2 cm br. 18 Pf.
 - Glitterstickerel ca. 4 cm br. 35 Pf.
 - Strickwolle 100 Gramm 95 Pf.
- Billig. Schürzenangebot**
- Jumper-Schürzen oder Wiener Form, Gest. 125
 - schöne Muster 125
 - Satin-Schürzen hübsche Muster, Wiener Form 195
 - Jumper-Schürzen extra groß, meiste Muster 245

Damen-Kleider

- zu Einheitspreisen
- SERIE I**
- Jugendl. Kleider aus reinw. Cheviots, aus mod. Karotten od. gestreiften Stoffen 650
 - Tanzkleider in hellen Farben u. kunstvollen Trikots
- SERIE II**
- Frauenkleider a. reinw. Stoffen, marineblau od. schwarz 1250
 - Jugendl. Kleider mod. Plaidstoffen, Bubiform
 - Nachmitt.-Kleider in den modernsten Farb. apart bestickt od. mit Maraboubesatz
- SERIE III**
- Gesellsch.-Kleider Crepe de Chine oder andere weiche Stoffe 1950
 - Gabardine-Kleider feuchte Formen 1950
 - Reinw. Musseline-Kleider in mod. Mustern
- SERIE IV**
- Abendkleider a. Crepe Marocain oder Crepe de Chine 2750
 - Gabardine-Kleider eleg. jugendl. u. Frauenformen

Reste und Abschnitte von Kleider-Stoffen / Seide
Leinen- und Baumwoll-Waren / Gardinen
zu spottbilligen Preisen!

Der sozialpolitische Bürgerblock.

Annahme des deutsch-polnischen Vertrages.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 25 Minuten. Das Haus erledigt zunächst die Novelle zum Postgesetz endgültig, indem es Einleitung und Uberschrift annimmt. Diese Abstimmung war feinerzeit ausgefallen worden, weil man den früheren Postminister Dr. Höfke herbeiholen wollte.

Das deutsch-polnische Abkommen.

Es folgt die dritte Beratung des deutsch-polnischen Abkommens über Staatsangehörigkeits- und Optionsfragen. Abg. Kube (Radik.) lehnt die Vereinbarung ab. Wieder seien 30 000 feindliche Besitzer deutschen Stammes von der polnischen Regierung ausgewiesen worden. Der Redner beantragt Rückverweisung der Vorlage an den Ausschuß für die Angelegenheiten der Vorkriegsangehörigen. Abg. Freitag-Coringhoven (Dnt.) stellt fest, daß der Vertrag für uns sehr ungünstig sei. Die Materialien lassen erkennen, daß unsere Diplomatie der polnischen nicht gewachsen war. Die Polen streben nach Entdeutschung des geräumten Gebietes, wir suchten möglichst vielen Volksgenossen die polnische Staatsangehörigkeit zu verschaffen. Das war eine Folge unserer allgemeinen traugrigen Lage. So gingen die Deutschen Polens zwar dem Staate, aber nicht dem Volkstum verloren. Im allgemeinen sind die Wünsche der Polen befriedigt worden. Für uns ist an die Stelle völliger Rechtslosigkeit ein schlechtes Recht getreten.

Wir müssen Repressalien anwenden

und uns Gefesse zur Bekämpfung des polnischen Grundbesitzes in Deutschland schaffen. Es war eine Torheit, daß wir in der Befreiung den fremdstämmigen Minderheiten Schutz zusagten, ohne ihn durch Gegenseitigkeit zu bedingen. Wir glauben immer noch an Verständigungsmöglichkeiten, anstatt zu erkennen, daß Polen unser Feind vielleicht in noch höherem Grade ist als Frankreich. Vertuschung dieser Tatsache wäre nicht Diplomatie, und diese Frage dürfte nicht Gegenstand des Streites der Parteien sein. Die Deutschenationalen werden für das Abkommen stimmen. Sie nehmen diese Demütigung um der Volksgenossen in Polen willen auf sich.

Abg. Landsberg (Soz.):

Die Rede meines Vorgängers ist nur als Oppositionsrede zu verstehen und sie zeigt, wie schwer es für ihn ist, in das Regierungslager überzugehen. Ich will das wahr machen, was unsere Redner bei der großen politischen Aussprache gesagt haben, daß wir sachliche Arbeit auch in der Opposition leisten werden. Ich könnte vielleicht noch geistreichere Boshheiten gegen das Auswärtige Amt abschlehen. Wichtig ist es, daß wir uns den Kampf gegen polnische Annäherung selbst ersuchen werden. Polen brauchte nur gewisse preußische Gefesse abzuschneiden, um eine furchtbare Waffe gegen unsere armen deutschen Landesleute in die Hand zu bekommen. Gerade weil ich Dlmärker bin, habe ich den Vertrag genau geprüft, ob er die Lage unserer deutschen Landesleute in Polen verbessert oder verschlechtert. Wenn aber dieser Vertrag abgelehnt wird, dann bleibt das, was hier gerügt worden ist, bestehen, ohne daß eine Verbesserung in Kraft tritt. Es bleibt der Versäler Vertrag bestehen, denn wir haben doch bekanntlich den Weltkrieg verloren. Es bleibt die ungünstige Auslegung des Artikels 4 des Rückkehrabkommens. Die Folge der Ablehnung des Vertrages würde sein, daß sich Polen in allen Punkten, in dem der Schiedsspruch günstig ist, auf ihn stützt und in den überwiegenden Punkten, in denen der Schiedsspruch uns günstig ist, ihn einfach ignoriert. Die Auswirkungen werden selbstverständlich bestehen bleiben. Nur das dann viel größere Härten entstehen werden. Polen wird tausende Möglichkeiten haben, unsere armen Landesleute zu enteignen und es dahin bringen, daß sie ihre bisherigen Wohnsitze mit dem Stabe in der Hand verlassen müssen. Der Präsident des polnischen Liquidationskomitees hat als Folge der Annahme dieses Vertrages bezeichnet, das 90 000 Hektar polnisches Land in deutschen Händen bleibt. Daraus können Sie erkennen, wie verantwortungslos die Ablehnung dieses Vertrages wäre.

Der Vertrag ist so niedergeschrieben, daß es für Nichtjuristen schwer hält, ihn zu verstehen. Die zuständigen Behörden haben die Pflicht, in kürzester Frist ein kurzes Merkblatt herauszugeben, das denjenigen, die es angeht, erkennen läßt, welche Rechte sie haben. Ich will das Wesentliche daraus Ihnen vortragen, damit es in die Presse hineinkommt. Es ist folgendes:

Ein Deutscher, der vom 1. Januar 1908 bis zum 10. Januar 1920 in irgendeinem Teil des jetzigen polnischen Staatsgebietes seinen Wohnsitz hatte, ist polnischer Staatsbürger geworden. Ferner ein Deutscher, der vor dem 1. Januar 1908 in irgendeinem Gebiet des polnischen Staates geboren ist von Eltern, die damals dort ihren Wohnsitz hatten, ist polnischer Staatsbürger geworden, auch wenn die Eltern ihren Wohnsitz am 10. Januar 1920 dort nicht mehr gehabt haben. Eine Ehefrau, die am 10. Januar 1920 verheiratet gewesen ist, ist dann polnische Staatsbürgerin geworden, wenn in ihrer Person die von mir genannten Voraussetzungen erfüllt sind, auch wenn sie in der Person ihres Mannes nicht erfüllt waren. Uns liegt selbstverständlich nichts daran, dem polnischen Staate möglichst viele Staatsbürger zuzuführen, der Schwerpunkt liegt darauf, daß auf Grund dieser Bestimmungen

derjenige, der polnischer Staatsbürger geworden ist, sein Vermögen behält, auch wenn er am 11. Januar 1920 Polen verläßt hat und wieder Deutscher geworden ist.

Eine weitere wichtige Bestimmung ist die: Deutsche, die durch Geburt Polen geworden sind, haben die polnische Staatsangehörigkeit dann verloren, wenn sie das polnische Gebiet verlassen haben und bis zum 10. Juli 1924 nicht dorthin zurückgekehrt sind. Das gilt jedoch dann nicht, wenn die Eltern dieser Deutschen oder wenn sie selbst ein landwirtschaftliches oder ein anderes seit mindestens 10 Jahren von ihnen oder ihren Eltern bewohntes Grundstück besitzen, und wenn sie vor dem 28. Februar d. J. die polnische Staatsangehörigkeit beantragt haben.

Wir können uns leider nicht die Kosten aus dem Kuche herausnehmen, sondern müssen den Vertrag im ganzen annehmen oder ablehnen. Er enthält auch günstige Bestimmungen, wie ich Ihnen gezeigt habe, deshalb müssen wir auch die ungünstigen Bestimmungen schlucken.

Der Vertrag verhindert weitgehend, daß die Ausweisungen von Obstanten in bisheriger Weise vorgenommen werden, sie müssen individuell behandelt werden.

Es ist zwar kein Trost für die Ausgewiesenen, aber die künftige Praxis ist jedenfalls besser als die bisherige. Wenn man heute über die Ungerechtigkeiten der Polen klagt, so muß man doch daran denken, wie früher bei uns in Preußen Politik gemacht worden ist. In meiner Jugend hat es auf mich einen furchtbaren Eindruck gemacht und nichts ist vielleicht in so hohem Maße bestimmend gewesen für die politische Richtung, die ich eingeschlagen habe, als die Massenausweisungen, die im Anfang der 80er Jahre habe mit ansehen müssen. Herr Abg. Freitag-Coringhoven, Sie kennen diese Dinge nicht, weil Sie damals Russe waren. Wenn Sie einmal die Debatten über die Interpellation nach, die hier im Reichstag Anfang 1884 geführt wurden. Sie werden dann finden, daß die Massenausweisungen keinen anderen Grund gehabt haben als das Bedürfnis der damaligen Regierung, den Polen den Seien zu zeigen. Der Vertrag enthält schlimme Bestimmungen, die von

schikanösen Unterbehörden in höchstem Maße mißbraucht werden können. Aber es frönt den Interessen Deutschlands nicht, daß man von hier aus den Polen Beleidigungen jagt, sondern es ist besser, daß man sie auf die Gemeinsamkeit unserer Interessen, wo sie bestehen, hinweist.

Bei dieser Gelegenheit muß ich meinen alten Wunsch wiederholen, daß recht bald

ein einheitliches Fremdenrecht

geschaffen wird. Es ist ein unerträgliches Zustand, daß ein ehrenwerter Mann, der seinen anderen Wunsch hat, durch ehrenhafte Arbeit sich und die Seinigen zu ernähren, schuglos jeder Willkür der Verwaltungsbehörden preisgegeben ist. Für wirklich lästige Ausländer spreche ich natürlich nicht. Selbstverständlich müssen die Garantien, die ein Fremdenrechtsgesetz für ehrenwerte Fremde schaffen soll, abhängig davon sein, daß sie auch von der Gegenseite gewährt werden. Damit werden wir unseren Landesleuten in Polen ebenso dienen wie durch die Annahme dieses Abkommens. (Veßharter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Das Abkommen wird in dritter Lesung und in der Schlußabstimmung gegen die Stimmen der Radikalen angenommen, nachdem der Antrag Kube auf Zurückverweisung an den Ausschuß abgelehnt worden ist.

Es folgt die erste Beratung des deutsch-spanischen Handelsvertrags in Verbindung mit dem Antrag Scholz (Dlp.) auf Einsetzung eines besonderen Ausschusses von 28 Mitgliedern für die Beratung von Handelsverträgen.

Ueber den Antrag Scholz betr. Einsetzung eines besonderen Handelsvertragsausschusses kommt es zu einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte. Er wird angenommen und der Handelsvertrag mit Spanien wird einem besonderen Ausschuß von 28 Mitgliedern überwiesen.

Der Gesetzentwurf betr. Abänderung des Handelsgesetzbuchs und des Genossenschaftsgesetzes wird in dritter Lesung angenommen.

Präsident Löbe schlägt vor, noch auf die Tagesordnung zu setzen den Bericht des Ausschusses für soziale Angelegenheiten über Erwerbslosenfürsorge. Der Antrag verlangt:

1. daß die Unterstützungssätze der Erwerbslosenfürsorge spätestens mit Wirkung vom 8. Februar ab im Sinne des Gutachtens des Verwaltungsrats des Reichs auch für Arbeitsvermittlung erhöht werden, jedoch mit der Maßgabe, daß die Spannung der Unterstützungssätze zwischen männlichen und weiblichen Erwerbslosen sowohl in den Einzelbezügen wie in den Höchstfällen gemäß und der Unterschied in den Unterstützungssätzen der ledigen Männer beibehalten wird;

2. soll die Reichsregierung erucht werden, die Fürsorge für erwerbslose Seelen auch auf die in der Hochseefischerei beschäftigten Seelen, soweit sie nicht offenbar als Saisonarbeiter zu betrachten sind, schleunigst auszudehnen.

Geheimrat Weigert erklärt als Regierungsvertreter, eine Erhöhung der Sätze könne auch ohne einen heute gefassten Beschluß des Reichstags eintreten. Daraufhin wird wegen des Widerspruches der Volkspartei nur der Antrag über die Fürsorge für erwerbslose Hochseefischer zur Beratung gestellt.

Abg. Schödt (Komm.) beantragt, daß im Gegensatz zu dem Auswahlantrag auch die Saisonarbeiter von der Erwerbslosenfürsorge betroffen sein sollen.

Abg. Andre (Z.) bedauert, daß der erste Teil des Antrags des sozialen Ausschusses heute nicht angenommen werden kann. Herr Moldenhauer habe sich im Ausschuß selbst dafür ausgesprochen. Das Haus habe früher einstimmig der Erhöhung der Sätze zugestimmt, jetzt scheine aber eine Meinungsverschiedenheit zwischen den neuen Regierungsparteien und der Regierung zu bestehen.

Abg. Hoch (Soz.) befürwortet entschieden eine Erhöhung der Unterstützungssätze. Es handle sich um eine ganz minimale Erhöhung angesichts der großen Not und deshalb sei es nicht gerechtfertigt, die Sache deswegen zu verschleppen, weil kein Unterschied mehr zwischen Männern und Frauen in der Höhe der Unterstützung gemacht werden solle.

Abg. Ziegler (Dem.) erklärt sich für den Auswahlantrag und bemerkt, daß die sozialpolitische Aera der neuen Regierung gut anjange, wenn heute die Koalition geschlossen werde dadurch, daß das Zentrum nicht im Sinne des Herrn Moldenhauer stimme.

Abg. Schröder (Soz.) verurteilt das Verfahren des Abg. Moldenhauer, die Sache verschleppen zu wollen, sowie die Weigerung der Reichsregierung, Mann und Frau gleichzustellen. Die Mutter mit mehreren Kindern müsse ebenso unterstützt werden wie der Familienvater. Der Reichstag sei nicht dazu da, daß Interesse der Arbeitgeber zu schätzen, die billige weibliche Arbeitskräfte beschäftigen wollen.

Abg. Raedel (Komm.) bemerkt, daß der Abg. Moldenhauer dem Arbeitsministerium entgegenkommen wolle, das die Gleichstellung der Unterstützungssätze für Mann und Frau immer labotiert habe. Der Beschluß auf Gleichstellung sei schon vom alten Reichstage gefaßt worden. Die Sozialdemokraten hätten sich also schon für die Durchführung dieses Beschlusses bei der Regierung März einsetzen sollen; sie hätten aber nichts dergleichen getan. Die Unterstützungssätze sollten jetzt um 25 Proz. erhöht werden, die Leistung sei aber um 40 Proz. gestiegen. Deshalb verlangt Redner, daß die erhöhte Unterstützung vom 1. November nachgezählt werde. Von dem für die Erwerbslosenunterstützung zur Verfügung stehenden Fonds von 170 Millionen seien bisher erst drei Millionen an die Gemeinden ausgezahlt worden.

Abg. Glebel (Soz.) wirt dem Abg. Moldenhauer vor, die von den Vertretern der Deutschen Volkspartei im Ausschuß gegebene Zusage nicht gehalten zu haben.

Ministerialdirektor Weigert bemerkt, bei dem Gutachten des Verwaltungsrats des Reichsamts für Arbeitsvermittlung handle es sich um einen gemeinsamen Beschluß von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Die Regierung werde mit der Erhöhung der Unterstützungssätze so schnell wie möglich vorgehen. Der einzig streitige Punkt sei doch nur noch, daß bei den weiblichen Erwerbslosen die Unterstützung nicht den Lohn übersteige. Auch die Gewerkschaften hätten bei ihren Unterstühtungsaktionen immer darauf geachtet.

Eingegangen sind inzwischen Anträge der Kommunisten betr. wesentliche Erhöhung der Unterstützungssätze und Abtägung der Karenzzeit sowie Rückwirkung vom 1. November v. J. Diese Anträge werden abgelehnt. Der Auswahlantrag wird in seinen beiden Teilen angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Bei der Festsetzung der nächsten Sitzung teilt Präsident Löbe mit, daß darüber im Kabinetrat keine Einigung erzielt worden sei; es hätten drei Anträge vorgelegen: morgen weiter zu tagen, die nächste Sitzung am Donnerstag nächster Woche und am Dienstag übernächster Woche abzuhalten.

Abg. Dittmann (Soz.) meint, das Plenum habe Arbeitsstoff genug, um jeden Tag nachmittags zu sitzen, während die Ausschüsse den Vormittag für sich hätten. J. B. mühten doch die Deutschnationalen daran Interesse haben, daß ihre Interpellation unter dem Namen Schiele über Barmat vom Minister Schiele beantwortet werden könnte. (Heiterkeit.) Man könnte

auch über die Wiederherstellung des Achtstundentages verhandeln. Er beantrage, die nächste Sitzung morgen abzuhalten.

Abg. Schulz-Bromberg (Dnt.) erwidert, daß in Fällen einer neuen Regierung immer eine Pause gemacht worden sei, seine Partei sei dabei immer gegen eine zu lange Pause gewesen. Er beantrage, die Sitzung am 3. Februar abzuhalten.

Abg. Stoecker (Komm.) verlangt worden eine Sitzung. Der Antrag auf Aufhebung des Republikstuhlgewehes und soziale Angelegenheiten böten Stoff genug.

Abg. Jehrenbach (Z.) meint, daß die Hauptaufgabe jetzt sei, dem Haushaltsausschuß ganze Tage für seine Beratungen zu geben.

Der Antrag, morgen Sitzung zu halten, wird gegen die Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten und Demokraten abgelehnt. Die Sitzung wird auf Dienstag, 3. Februar, festgesetzt. Tagesordnung: Interpellation der Kommunisten wegen der Fürsorgepflicht; Anträge über den Achtstundentag.

Der Korruptionsausschuß.

Die Unterjuchung des Reichstags.

In seiner ersten öffentlichen Sitzung, an dem auch die Vertreter der Presse teilnahmen, befahte sich der Ausschuß zur Unterjuchung der Kreditgewährung unter dem Vorsitz des Abg. Saenger (Soz.) mit der Methode, nach der die Verhandlungen geführt werden sollen. Hierzu hatten die Referenten Dr. Pfeleger (Bayer. Sp.) und v. Dewitz (Dnt.) Richtlinien vorgelegt, außerdem lagen Anträge der Sozialdemokratie und der Deutschen Volkspartei vor.

Der Berichterstatter Dr. Pfeleger wünscht vorläufig die Ausschaltung der Unterjuchung über die Kreditgewährung der Preußischen Staatsbank, da der Preußische Landtag bereits eine Unterjuchung eingeleitet habe und zu befürchten sei, daß die beiden Ausschüsse gegeneinander arbeiten würden. Bei der Aufstellung der Richtlinien habe er sich davon leiten lassen, daß man den Umfang der Verhandlungen noch gar nicht übersehen könne und daß bestimmtes Material noch gar nicht vorläge. Der Ausschuß sei zudem in der Auswahl seiner Mittel beschränkt, da er in das schwebende strafrechtliche Verfahren nicht eingreifen könne. Es sei z. B. nicht möglich, die inhaftierten Hauptpersonen hier im Reichstag zu vernehmen. Um die Unterjuchung in Gang zu bringen, müsse stützbares Material geschafft werden, denn die Mitteilungen aus den Zeitungen könnten nicht genügen. Die Unterjuchung müsse auch auf die Zeit und die besonderen Umstände der Kreditgewährung ausgebeutet werden. Alle notwendigen Akten müssen dem Ausschuß zur Verfügung stehen, er dürfe keine Unterjuchungen nicht auf strafrechtliche Vergehen beschränken, sondern er müsse sie auch auf die Fälle ausdehnen, die disziplinarisch verfolgt werden könnten oder die gegen die politische Sauberkeit verstoßen. Die Deffektivität müsse fortlaufend über die Verhandlungen des Ausschusses unterrichtet werden, nur wenn wir mit den strafrechtlichen Verfahren in Konflikt geraten könnten, wäre die vorübergehende Ausschließung der Deffektivität zu erwägen.

In der Aussprache verlangt Abg. Engberding (D. Sp.) die Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages, wonach die Unterjuchung auf die gesamte Kreditgewährung von Reichsstellen in der Deflationsperiode ausgedehnt werden solle. Die Warenreife Barmat müsse nachgeprüft und festgestellt werden, ob nicht auch deutsche Firmen in der Lage gewesen wären, Fette und Fleisch einzuführen. Abg. v. Dewitz (Dnt.) glaubt, daß man erst dann einen Ueberblick haben werde, wenn die Reichsbank Auskunft über die Kreditgewährung gebe. Die Unterjuchung der Staatsanwaltschaft dürfe nicht gestört werden. Für die Frage der Deffektivität der Verhandlungen seien die Befugnisse des Staatsanwalts maßgebend.

Abg. Aufhäuser (Soz.): Bei der Aufstellung von Richtlinien dürfen wir nicht in den Fesseln der Abg. v. Dewitz verfallen, der eine weitgehende Zurückhaltung für richtig hält. Wenn sich im Laufe der Unterjuchung zeigt, daß irgendwelche Zusammenhänge bei der Kreditgewährung auch mit anderen Firmen bestehen, so müssen sie behandelt werden. Wenn man es für richtig hält, die Unterjuchung auf die Deflation zu beschränken, dann muß man es bei allen vorliegenden Fällen so halten. Es ist aber technisch unmöglich, einen Teil der Unterjuchung, wie die Volkspartei es wünscht, bis weit in die Zeit der Inflation hinein auszudehnen, während der andere Teil erst Mitte November 1923 beginnen soll. Wir dürfen uns bei unseren Verhandlungen nicht auf zweideutiges Material stützen, sondern müssen in allen Fällen konkrete Angaben verlangen, insbesondere darüber, ob eine Verbindung zwischen Geschäft und Politik bestanden hat. Wir können auch nicht darauf verzichten, die Unterjuchung über die Kreditgewährung auch darauf auszudehnen, welche Gegenleistungen an Vermittler gegeben worden sind. Der Begriff der Reichsstellen ist in den Richtlinien und Anträgen nicht einwandfrei festgelegt. Wir fordern, daß dazu alle öffentlich rechtlichen Institutionen gezählt werden, also auch die Anstalten der Sozialversicherung, die als Geldgeber in beträchtlichem Maße in Betracht kommen. Daß diese Institutionen zu den Reichsstellen rechnen, muß hier ausdrücklich festgestellt werden. Wir wenden uns dagegen, daß nach dem Wunsche des Herrn v. Dewitz der Staatsanwalt darüber bestimmen soll, wieweit die Deffektivität zugelassen ist. Es hat sich bisher gezeigt, daß man sich in der Zulassung von Mitteilungen an die Deffektivität keine Beschränkungen auferlegt und gerade unsere objektiven Verhandlungen sollen dazu führen, daß unkontrollierbare Gerüchte nicht entstehen können.

Abg. Bruhn (Dnt.) meint, daß man ja die Dinge schon kenne und zunächst alles das als Material verwenden solle, was schon vorliege. Es soll untersucht werden, wer für die Kartellverträge an Barmat und Kautischer verantwortlich sei, wer deren Geschäfte vermittelt habe und ob die von ihnen gezahlten Preise angemessen gewesen seien. Auch die Vorgänge bei der Post könnten ohne viel Material untersucht werden. Der Vorsitzende Saenger stellt demgegenüber fest, daß alle Parteien den Wunsch haben, klare Ergebnisse zu erzielen. Irgendwelche Fragen herauszugreifen, sei nicht zweckmäßig. Man müsse sich das Urkundenmaterial über die Kreditgewährung verschaffen, es sachlich beraten und die notwendigen Verbindungen erheben lassen. Gerade bei der von Herrn Bruhn befürworteten Methode entständen unerwünschte Debatten, es sei dann nicht möglich, sich auf das Wesentliche zu beschränken.

Abg. Rosenberg (Komm.) erklärt sich reiflos mit den Richtlinien des Abg. Pfeleger einverstanden, er habe noch keine Anträge eingebracht, da er erst die Ausführungen der Berichterstatter abwarten wolle. Er bemängelt, daß die Vernehmung der Kanzlei des Reichspräsidenten noch nicht erwähnt sei. Es sei doch behauptet worden, daß Barmat im Besitz eines Porträts Oberris sei, und daß dessen Familie dort verkehrt habe.

In der weiteren Debatte erklärt Abg. Schredl (Soz.), daß der Ausschuß alles Material, das in Privatprojekten und in der Deffektivität veröffentlicht worden sei, behandeln müsse, also auch das, was den Reichspräsidenten betreffe. Der Ausschuß dürfe nicht aus dem Wege gehen, was die Kreditgewährung auslösen könnte. In der Deffektivität müsse eine Aufforderung gerichtet werden, dem Ausschuß Material zu unterbreiten und alle Tatsachen anzugeben. Dieser Vorschlag ist um so wesentlicher, weil gerade die Deffektivität mit unkontrollierbaren Gerüchten und Flugblättern überflutet

worden ist. Die Sozialdemokratie beantragt, daß die Vernehmung auch auf den Abg. v. Graefe (Nat. Soz.) und den früheren Abg. Kunze ausgedehnt werde, die angeblich Material in Händen haben. Zu dem Antrag der Volkspartei, daß die Untersuchung auch auf die Warengeschäfte ausgedehnt werden solle, stellt die Sozialdemokratie folgenden Zusatzantrag:

Ferner ist eine Aufstellung vorzulegen, über die Bedingungen und die Zahlungsweise dieser Warengeschäfte. Dabei ist ein Vergleich mit gleichartigen Geschäften anderer Personen oder Unternehmungen anzufügen.

Abg. Kuchhäuser bemerkt dazu, daß auch untersucht werden müßte, in welcher Form die Kredite für Warenlieferungen gewährt worden sind. Die Verbindung mit der Staatsanwaltschaft müßte sofort aufgenommen werden. Der kommunistische Antrag ist deshalb überflüssig, weil bereits im sozialdemokratischen Antrag die Vernehmung sämtlicher Reichsstellen, zu denen auch die Reichsanleihe gehört, gefordert wird. Es ist unverständlich, daß gerade der kommunistische Abgeordnete seine Untersuchung nur auf einige Fälle beschränkt und sie nicht auf die ganze Kreditgewährung der Reichsstellen ausdehnen will. Die Sozialdemokratie fordert, daß auch das Material vorgelegt und behandelt werde, das über Kredite an solche Firmen, die bisher nicht genannt worden sind, Auskunft geben kann. Es steht z. B. fest, daß Postgelder nicht nur an die hier genannten, sondern auch an andere Firmen gegeben worden sind.

Es werden schließlich folgende Richtlinien einstimmig angenommen:

1. Es sind bezüglich der sämtlichen zu den Konzernan Käuflern, Gebrüder Herschel, Barma und Jacob Michael gebörenden Firmen beglaubigte Auszüge aus dem Handelsregister und den zuständigen Berichten zu erhalten. Die Erhaltung dieser Handelsregisterauszüge soll sich weiter auf solche Firmen erstrecken, von denen sich im Laufe der Erhebungen herausstellt, daß sie als zu dem einen oder anderen Konzern gehörig anzusehen sind.

Soweit ferner Gesellschaften mit beschränkter Haftung in Frage stehen und bei diesen statutenmäßig bestimmt sein sollte, daß die Mitglieder der bei der betreffenden Gesellschaft tätigen Aufsichtsratsmitglieder beim Registergericht nicht angemeldet zu werden brauchen, sind die Namen dieser Aufsichtsratsmitglieder durch Erhaltung des Sitzungsprotokolls über die Mitgliederversammlung der betreffenden Gesellschaft festzustellen.

2. Die sämtlichen Reichsministerien sind zu ersuchen, dem Untersuchungsausschuß die Vorschriften mitzuteilen, welche für die Verwaltung der Kassenbestände, insbesondere für die vorübergehende Anlage von Geldern maßgebend sind.

3. Von der Staatsanwaltschaft am Landgericht Berlin sind Abschriften der in dem Verfahren gegen Kussler und Barma erhobenen öffentlichen Klagen und der vorliegende Haftbefehl zu erhalten.

4. Vom preussischen Ministerium des Innern sind die sämtlichen auf die Einreise des Iwan Kussler aus Elbau, der Gebrüder Herschel aus Lodz und der Gebrüder Barma aus Ansterdam betüchtlichen Akten einzufordern.

5. Vom deutschen Generalkonsulat für die Niederlande in Amsterdam und vom Konsulatsamt in Berlin sind die sämtlichen auf die Gebrüder Barma oder einen von diesen betüchtlichen Aktenstücke zu erhalten.

Es wurde weiter einstimmig beschlossen, die beiden Berichtserfasser mit der Verständigung mit den Untersuchungsbehörden zu beauftragen. Ferner wurde folgender Antrag angenommen:

Die Reichsregierung zu ersuchen,

1. dem Untersuchungsausschuß eine Aufstellung zugehen zu lassen,

a) über alle Kredite, die von den Reichsministerien, der Reichsbank, der Reichskredit- und Kontrollstelle und sonstigen Reichsstellen an die Barma, Kussler und Michael fest dem 1. Oktober 1923 eingeräumt worden sind, sowie über sonstige Kredite der genannten Stellen, mit deren Gewährung die Bedingung oder Empfehlung war, ganzen oder teilweise Verwendung zugunsten von Barma, Kussler oder Michael vorzunehmen war,

b) über alle sonstigen Kredite, die seit dem 1. Oktober 1923 von den Reichsstellen, die Reichsbank ausgenommen, eingeräumt worden sind;

2. Die erbetenen Aufstellungen sollen auch die Kredite enthalten, die zu den genannten Personen gehörigen Gesellschaften angedehnt worden sind. Die Aufstellungen sollen insbesondere Aufschluß geben

a) über die jeweilige Höhe und Art der Kredite,

b) über das Datum der Einräumung und Zurückzahlung der Kredite,

c) über die vereinbarten Bedingungen,

d) über die Sicherheiten für die Kredite,

e) über etwaige Reserven und Ausfälle, auf Grund deren die Kredite gegeben worden sind,

f) Angaben derjenigen beamteten Personen und Parlamentarier oder sonstigen Personen, die sich für die Gewährung der Kredite verwendet haben,

g) ob und welche Gegenleistung Vermittler von irgendwem erhalten haben.

Der Antrag der Deutschen Volkspartei, wonach die Erhebungen sich auch auf die Warengeschäfte der Regierung mit Barma, Kussler und Michael erstrecken sollen, wurde mit dem oben wiedergegebenen Zusatzantrag der Sozialdemokratie angenommen.

Dem Vorstehenden wurde schließlich die Ermächtigung erteilt, die nächste Sitzung im Einvernehmen mit den beiden Berichtserfassern einzuberufen.

Die Postkredite an die Mannesmann.

Zu der Mitteilung der „Vossischen Zeitung“, die wir unseren Lesern zur Kenntnis brachten und nach der die Mannesmann-Industrie- und Handels-A.G. von der Post 7,5 Millionen Goldmark erhielt, verleiht diese Firma eine Richtigstellung, die in zwei Punkten den erwähnten Ausführungen entgegensteht. Einmal bemerkte sich die Firma dagegen, daß ihr ungehörige Vorrechte zugewilligt worden wären und daß Vereinbarungen mit der Post ohne die Mitwirkung der verantwortlichen beruflichen Organe getroffen worden seien. Zum anderen aber widerspricht sie der Mitteilung, daß die Deutsche Auslandsbank ein ausgeprochen völkisches Unternehmen sei.

Dagegen bestätigt die Richtigstellung den wichtigsten Teil des Totbendes, nämlich den, daß der später, von der Mannesmann-Industrie übernommenen Depassiten- und Handelsbank 5 Millionen Goldmark und davon 1 Million der Deutschen Auslandsbank ohne irgendwelche reale Sicherheiten von der Post anvertraut worden sind. Das ist um so erschwerender, als die Depassiten- und Handelsbank nach den Worten der Richtigstellung eine „gelinde gesagt überhöht unangemessene Geschäftsführung“ getrieben und damit die „Bürgschaft gefährdet“ hat. Man versteht diese Behauptung, wenn man sich daran erinnert, daß bei dieser Bank 9 Millionen Mark deponiert worden sind. Nach der Stellung von Hypothekendarlehen wurden an die Mannesmann-Industrie weitere 2 1/2 Millionen zu der bereits bestehenden Schuldsumme zur Verfügung gestellt.

Es liegt also hier mindestens, soweit die Depassiten- und Handelsbank in Betracht kommt, ein Fall äußerst leichtfertiger Kreditgewährung durch die Post vor. Und wenn es sich bestätigt, daß dieser Kredit ohne das Giro einer Bank nur von einem Referenten im Postministerium vergeben worden ist, so ist der Vorgang dementgegenstimmig, daß er eingehender Untersuchung bedarf. Ein Teil der im Falle Barma in offener Standespresse jedoch ist bereits in ihrem demagogischen Treiben in blind für die Tatsachen geworden, daß sie die Bestätigung der Mannesmann-Industrie- und Handels-A.G. gar nicht sieht.

Die deutschen Montankonzerne.

In der Arbeiterschaft heute über die gewaltige volkswirtschaftliche Bedeutung der Konzerne sprechen, heißt schon fast Eulen nach Athen tragen. Aber es gibt schließlich kein Gebiet in der Volkswirtschaft, in dem so schlagend die Erkenntnis Margens von der notwendigen Uebersteigerung des individualistischen Unternehmertumkapitalismus zu gesellschaftlich-wirtschaftlichen Formen als richtig erwiesen wird, als in dem Gebiet der Konzerne.

Gleichgültig, ob es sich um Konzerne handelt, die an die Lösung der Naturgaben aus dem Boden, dem Wasser und der Luft anknüpfen, oder um solche, die an den Verbrauch der Familien-, Gemeindef- oder Staatshaushalte anknüpfen, überall treten uns ungeheure technische, kaufmännische, finanzielle Betriebseinheiten entgegen, die trotz aller Marktbeherrschungstendenzen unter der Peitsche der Profitkurrenz zur technisch, kaufmännisch und finanziell wirtschaftlichen Betriebsform und Betriebsorganisation gezwungen werden.

Kern ist das Ziel dieser Konzernunternehmungen die Steigerung ihres Gewinns und die Erweiterung ihrer gesellschaftspolitischen Herrschaftsphäre. Volkshaushalt und Staat sind ihnen Gegenstand der Ausbeutung und Diener ihrer Spezialinteressen, unter denen das Profitinteresse vorwiegt. Weit entfernt sind die privatkapitalistischen Konzernunternehmungen von

der Erkenntnis, daß der volkswirtschaftliche Erfolg des Wirtschaftens nicht am Gewinn der Privatunternehmungen, sondern am Ausmaß und der Intensität der Versorgung des Volkshaushalts gemessen werden muß.

Auf der anderen Seite kann das beste Ausmaß und die höchste Intensität der Volkshaushaltsversorgung nur erreicht werden, wenn die Konzernunternehmungen dem Volkshaushalt als Mittel dienen und die Spezialinteressen des Hochkapitalismus dem demokratischen Staat ein- und untergeordnet werden, statt wie heute diesen zu beherrschen.

Eine ganze Welt also trennt die heutige hochkapitalistische Konzernwirtschaft von der demokratischen Volkshaushaltswirtschaft, in der die Riesenbetriebe der Konzerne dienende Glieder sind.

Was aber der Arbeiterschaft die genaue Befolgung der Entwicklung der Konzerne und ihres inneren betrieblichen Ausbaus dringend nahelegt, das ist die Tatsache, daß die Konzerne Erscheinungen des kapitalistischen Systems auf höherer Stufe mit fast wissenschaftlichen Betriebsmethoden sind. In der Größe der Konzernunternehmungen und besonders in ihrer inneren Organisation liegen zum mindesten Hinweise darauf, wie die Erzeugung und die Verteilung der Güter zur Bedarfsbefriedigung in einer demokratischen Volkshaushaltswirtschaft durchzuführen ist.

Vergleichende Uebersicht über die Montan-Konzerne.

Hochöfen	Konverter				Siemens-Martin-Deen				Elektroöfen		Puddelöfen	Gesamt- fassungs- raum der Stahl- werke in t.		
	sauer		basisch		sauer		basisch		Zahl	Gesamt- fassungs- raum in t.				
	Zahl	Gesamt- fassungs- raum in t.	Zahl	Gesamt- fassungs- raum in t.	Zahl	Gesamt- fassungs- raum in t.	Zahl	Gesamt- fassungs- raum in t.						
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
Siemens-Rheinlde-Schudert-Union	33	14 965	8	24	5	120	7	141	38	1760	2	18	21	2 063
Sonstige Stinnes-Konzerne	5	1 635	—	—	—	—	—	—	20	618	8	14	10	632
A. G. W.	7	2 385	—	—	—	—	—	—	23	750	10	54	—	804
Arbed	10	2 700	—	—	10	210	—	—	21	578	8	11	11	796
Otto Wolff, Köln	28	18 015	—	—	12	230	1	30	45	1 528	1	10	11	1 793
Krupp einschl. Rheinmetall	17	7 295	6	83	6	150	3	49	62	2 101	8	32	—	2 365
Röding-Vaderus-Rombach-Wagb.	26	9 220	—	—	12	188	2	18	19	542	10	67	—	765
Zehnen einschl. Weidweider Eisen- werke und Krefelder Stahlwerk	16	7 225	—	—	6	180	1	5	43	1 379	9	112	—	1 676
Stumm	19	8 180	—	—	4	100	—	—	38	1 806	2	16	12	1 422
Röding-ohne Weidweider Eisenwerke und Krefelder Stahlwerk	10	5 690	—	—	4	40	—	—	19	785	—	—	7	585
Haniel	12	5 905	—	—	6	150	—	—	15	568	1	8	—	716
Lothringen	8	700	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Henschel	4	1 790	—	—	—	—	2	16	8	340	—	—	—	356
Hösch-Röln-Neuelsen	7	8 830	—	—	4	59	—	—	9	571	—	—	—	685
Vosiga	4	1 350	—	—	—	—	2	20	10	206	—	—	12	225
Mannesmann	—	—	—	—	—	—	—	—	11	376	1	1	—	376
Summe	201	85 085	14	57	69	1 417	18	279	379	13 408	45	343	84	15 440

Gesamtzahl in Deutschland (einschl. Schwellen und Saarbezirk) 272 109 870 16 62 88 1692 28 360 512 17 329 61 474 132 19 908

Hieron in den Konzernnen % 74,7 79,3 87,5 92 88,2 84,4 64,5 77,5 74,0 78,3 86,5 86,9 68,6 78,8

in Rheinland — Westfalen mit Ausnahme des Siegerlandes, des Kreises Wehlar und des Saarbezirks.

Gesamtzahl 125 57 925 14 57 48 1 029 20 297 331 11 580 36 299 60 13 212

Hieron in den Konzernnen 111 56 875 14 57 48 1 029 16 299 279 10 618 24 288 47 12 251

In % 88,8 97,5 100 100 100 100 80 87,8 84,3 92,1 84,4 96,5 78,5 92,7

Wie weit z. B. die Konzernbildung in der Montan- industrie gediehen ist, das zeigt die obige Uebersicht, die Dr. Arno Trost in der „Bergwerkszeitung“ veröffentlicht hat. (Siehe die Tabelle.) Von sämtlichen 272 deutschen Hochöfen befinden sich nicht weniger als 201 Hochöfen in der Hand von 16 Montankonzernen. Reun von diesen 16 Konzernnen besitzen allein 171 Hochöfen. Der Gesamtfassungsraum der deutschen Hochöfen beträgt 109 870 Kubikmeter. Davon gehören den 16 Konzernnen über 85 000 Kubikmeter oder fast 80 Proz. Der Gesamtfassungsraum der

deutschen Stahlwerte beträgt 19,9 Tausend Tonnen. Davon entfallen auf die 16 Konzernne 15,4 Tausend oder fast 79 Proz. Kom viel größer ist die Konzernmacht in Rheinland-Westfalen geballt. Dort haben die Konzernne 94 1/2 Proz. der Hochöfen, sowie 100 Proz. aller Konverter, über 90 Proz. aller Siemens-Martin- und Elektroöfen und fast 93 Proz. des Gesamtfassungsraumes der Stahlwerte in ihrer Verfügung. Nur die rüstständigen Puddelöfen sind lediglich mit 78 1/2 Proz. den Konzernnen angeschlossen.

Entschädigung für den Ruhrbergbau.

In einer halbamtlichen Notiz wurde mitgeteilt, daß zu dem Bergbau und den zuständigen Regierungsstellen „eine grundsätzliche Einigung erzielt worden“ ist „über den Ersatz der dem Ruhrbergbau durch Beschlagnahme von Brennstoffen von den Zechen und Kokerellen sowie durch die Zwangsforderungen auf Grund der Ricum-Verträge während des Ruhrkampfes entstandenen Schäden“. Das Reich hat die Entschädigungspflicht im allgemeinen anerkannt und zur Zahlung einer entsprechenden Entschädigungssumme bereit erklärt. „Allerdings würden nicht alle dem Bergbau entstandenen Verluste ausgeglichen werden“. Das der sachliche Inhalt der Zeitungsnote. Wer nun weiß, was an den Ruhrbergbau gezahlt wird, bekommt einen Laier.

Grundsätzlich ist zu sagen, daß das Reich entschädigungspflichtig ist, denn dieses in seiner Gesamtheit und nicht ein Teilgebiet oder gar nur gewisse Wirtschaftsgruppen in einem solchen, ist zur Reparationsleistung verpflichtet. Diese Anerkennung entbindet aber nicht den Reichstag von der Pflicht, sich bei den zuständigen Regierungsstellen zu erkundigen, welche Brennstoffmengen und sonstige Güter beschlagnahmt und abtransportiert wurden und wie hoch die Summe ist, zu deren Zahlung man sich bereit erklärt hat. Die Möglichkeit einer alle Zweifel ausschließenden Berechnung dürfte kaum gegeben sein. Am so sorgfältiger aber muß Auskunft von der Regierung gefordert werden. Besonders zu beachten ist, daß das Reich während des passiven Widerstandes nicht nur die sogenannten unproduktiven Löhne ersetzt hat, sondern auch noch darüber hinaus einen Zuschlag für Materialkosten gewährte. Es ist zu prüfen, wie die unproduktiven Bergarbeiterlöhne festgestellt wurden und wie hoch die Summe ist, die für Materialkosten vom Reich ersetzt wurde. Die Allgemeinheit, die die Kosten des Ruhrkampfes trägt, muß die Gewissheit haben, daß aus der damaligen notvollen Zeit nicht auch noch unberechtigte Gewinne erzielt werden.

Es ist auch festzustellen, welcher Kohlenpreis bei der Festsetzung der Entschädigungssumme zugrunde gelegt wurde. Die Produktionskosten der beschlagnahmten und von den Beschlagnahmten abtransportierten Brennstoffvorräte waren oft lächerlich gering, weil sie mit Papiermark bezahlt wurden. Diesem Verhältnis muß natürlich die jetzt nachträglich gewährte Entschädigungssumme angepaßt werden.

Auch für die Ricum-Lieferungen kann der jeweils gültige Verkaufspreis von 1924 nicht in Anrechnung kommen. Der Kohlenpreis ist für die Produktionsgebiete, die mit Ricum-Lieferungen bedacht waren, absichtlich hoch gewesen, um einmal dem Bergbau die aufgebildete Last zu erleichtern, aber andererseits ist den Liefergebern auf Kosten der Kohlenverbraucher schon eine Teilentschädigung durch den sonst unberechtigt hohen Preis gewährt worden. Dies muß bei der endgültigen

Berechnung beachtet werden. Sie würde nicht unbeträchtlich sein.

Die gestellte Aufgabe ist nicht leicht, aber sie ist lösbar und sie muß gelöst werden. Die Allgemeinheit, welche die Kosten zu zahlen hat, hat ein Recht auf Klarheit.

Die Preisbewegung.

Die auf den Stichtag des 21. Januar 1925 berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ist gegenüber dem Stande vom 14. Januar mit 133,9 unverändert. Gezunken sind die Preise für Getreide, Kartoffeln, Schmalz, Fleisch, Milch, Baumwolle, Jute und die meisten Nichteisenmetalle; höher lagen dagegen die Preise für Roggen, Weizen, Hafer, Hopfen, Baumwollgarn, Aluminium und Gasöl. Von den Hauptgruppen blieben die Lebensmittel mit 138,3 (Vorwoche 138,1) nahezu unverändert, während die Industriestoffe von 140,3 auf 140,9 oder um 0,2 Proz. nachgaben.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) für Mittwooch, den 21. Januar, ist nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts gegenüber der Vorwoche (124,0) ebenfalls unverändert geblieben.

Die Mittel für kleine Kostlandsarbeiten. Um die Beiträge der Wirtschaft für die Erwerbslosenfürsorge auf einer wirtschaftlich erträglichen Höhe zu halten, ordnet der Minister für Volkswohlfahrt für die Zukunft in einem Erlaß an, daß zur Ausübung kleiner Kostlandsarbeiten Mittel der Provinzial- und Landesausgleichskassen nicht mehr in Anspruch genommen werden dürfen. Sofern in Arbeitsnachweisbezirken, die nicht in der Lage sind, ihre Ausgaben für die unterstützende Erwerbslosenfürsorge aus eigenen Mitteln zu decken, für kleine Kostlandsarbeiten keine Mittel mehr vorhanden sind, muß die Anerkennung der fraglichen Maßnahmen als große Kostlandsarbeit unter Förderung aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge betrieben werden, soweit hierfür die Voraussetzungen gegeben sind.

Das polnische Streichholzmonopol. Der polnische Ministerrat hat die Statuten des nach dem Vorbilde des Tabakmonopols ausgearbeiteten Streichholzmonopols genehmigt. Danach hat nur der Staat das Recht der Ein- und Ausfuhr. Das Monopol bezieht sich auf Produktion und Handel ab 1. April, ist also ein Produktionsmonopol, während der weitere Handel dem Monopol nicht unterliegt. Bei Einlaß von Streichhölzern, wozu eine besondere Genehmigung erforderlich ist, wird außer dem Zoll noch eine Verbrauchssteuer erhoben. Die Monopolverwaltung ist zum Ankauf der Rohstoffe und der fertigen Waren vorraat sowie der Rohstoffe und Halbfabrikate verpflichtet. Ferner zur Zahlung von Entschädigungen an die Arbeiter und Angestellten derjenigen Fabriken, die mit Einführung des Monopols geschlossen werden. Das Monopol kann verpackt werden, doch darf der Verkaufspreis nicht niedriger sein als die bisherigen Einnahmen aus Verbrauchszuwendungen.

